

Dienstag, 11. Februar 2020 Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Alessandro Della Vedova
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Flütsch (St. Antönien), Gujan-Dönier, Kunz (Fläsch), Renkel
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Standespräsident Della Vedova: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Nehmen Sie bitte Platz, damit wir starten können. Danke.

Buongiorno a tutti. Mi fa piacere che siate presenti, nonostante ieri sera abbia detto che avremmo cominciato alle 18 e 15 e quindi spero che abbiate ricaricato le batterie, che oggi ci aspetta una giornata molto intensa.

Wir sind beim Entwicklungsschwerpunkt ES 3.2 steckengeblieben. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungsprogramm und Finanzplan 2021-2024 (Botschaften Heft Nr. 8/2019 – 2020, S. 419) (Fortsetzung)

Detailberatung (Fortsetzung)

Regierungsprogramm 2021-2024 (Fortsetzung)

ES 3.2 Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie

Claus; Kommissionspräsident: Wir sind beim Entwicklungsschwerpunkt 3.2 Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie. Die Grundlage für eine auf die Fachkräfte ausgerichtete Ausbildung und Forschung im Kanton sind weiterentwickelt, insbesondere zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Unternehmungen im Bereich der Technologie.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Kappeler, Sie haben das Wort.

Kappeler: Wie Sie wissen, bin ich ja Präsident des Fördervereins der Fachhochschule Graubünden, und in diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch, der Regierung ein paar Fragen zu stellen. Ich habe den Regierungsrat bereits gestern darüber informiert. Gebrannt

vom Umstand, dass wir in Arosa in der Landsession einen Auftrag erteilt haben, einen Campus zu erstellen, und das war im 2015, und jetzt ist geplant, die Volksabstimmung 2023 zu machen, ja, habe ich einfach etwas Bedenken mit dem Terminprogramm, und da erlaube ich mir, eine Frage zu stellen zur zweiten Massnahme beim Entwicklungsschwerpunkt 3.2. Es steht da: die Einführung von Ausbildungsangeboten im Bereich Gesundheit an der Fachhochschule Graubünden prüfen. Gehe ich richtig in der Annahme, dass die Prüfung, ob ein Angebot sinnvoll ist, nicht mehr als viereinhalb Jahre dauert, sondern, dass die Meinung der hohen Regierung ist, dass das in diesem Jahr geprüft wird, und falls es geeignet ist, dass man dann die entsprechenden Massnahmen auch umsetzt, sodass man in dieser Periode von diesem Regierungsprogramm auch bereits die Ausbildung am Laufen hat? Dann erlaube ich mir, und mir ist es einfach wichtig, dass ich auch verstehe, was im Text drinsteht, und unter den Erläuterungen steht auf der vierten Zeile ein Satz, und der heisst: Eine auf die Fachkräfte ausgerichtete Ausbildung und Forschung sind für den Kanton Graubünden wesentlich. Im Hinblick, dass das doch eine strategische Bedeutung hat, würde mich interessieren: Was heisst, auf die Fachkräfte ausgerichtet? Sind damit gemeint die Fachkräfte, die unsere Firmen, die unsere Unternehmen haben? Sind das diese Fachkräfte, die dort gebraucht werden oder sind das Fachkräfte, die man hier gerne hätte, wo es aber keine Industrie- und Gewerbebetriebe gibt, oder sind das generell ausserkantonale potenzielle Fachkräfte gemeint? Ich glaube, strategisch ist das schon noch von Bedeutung. Dann, mit dem nächsten Satz habe ich ebenfalls etwas Mühe. Der erste Teil, einerseits soll die aktuelle Hochschul- und Forschungsstrategie mit der Innovationsstrategie zusammengeführt werden, den verstehe ich. Aber den zweiten Satzteil, und für regionalwirtschaftliche Rolle der Fachhochschule Graubünden darin verstärkt werden, da macht es auch keinen Sinn, ist auch kein richtiger Satz. Aber ich sage es nicht, weil grammatikalisch ein Fehler drin ist, sondern meine Frage beruht auf der Erfahrung, dass, wenn oft eine Schreibende oder ein Schreibender nicht genau weiss, worum es eigentlich geht, dass dann solche Konstrukte rauskommen. Deshalb die Frage an die hohe Regierung: Was wollen Sie mit diesem zweiten Satzteil aussagen?

Eine weitere Frage: Wir haben im letzten Jahr die Anfrage Hardegger zum Gesundheitsbereich besprochen. Wir haben nachher im Förderverein das Thema diskutiert und geleitet von der Idee, dass eigentlich auch das Konzept der Clusterbildung für die Fachhochschule Graubünden sehr geeignet ist, hat dann mein Kollege Reto Loepfe, ich glaube, es war an der Dezembersession, noch die Hinweise gemacht, dass man eben den Gesundheitsbereich nicht nur abdecken sollte mit einem Pflegefachmodul, sondern, dass man das idealerweise ergänzen könnte oder sollte mit einem Fachmodul Industrie und Forschung und einem Fachmodul Management, das alles im Bereich der Gesundheit, also im Gesundheitsbereich. Der Vorgesetzte, der Rektor der Fachhochschule Graubünden hat diesen Ball dann sofort aufgenommen und hat, so wie ich denke, ein relativ gutes, ein cleveres Konzept entwickelt mit diesen drei Fachmodulen, oder vier, unter Einbezug der bereits vorhandenen Kompetenzen wie Photonics, Mobile Robotics, Information Science, Digital Business Management und ICT. Die Regierung hat in ihrer Aussage keine konkrete Bemerkung oder Hinweis gegeben, ob sie sich nun auf den Fachbereich Pflege konzentrieren will oder ob sie bereit ist, in diesem Gesundheitsbereich eben auch die anderen Module aufzunehmen. Diesbezüglich bitte ich den Regierungsrat um eine Antwort.

Die letzte Frage, weil wir eben überzeugt sind, dass das Modell der Clusterbildung wirklich eine gescheite Idee ist, gehe ich davon aus, dass wir im Förderverein relativ rasch weitere Lösungen suchen, weitere Ansätze suchen, die nach diesem Modell funktionieren. Diesbezüglich die Frage: Ist die Regierung oder wäre die Regierung bereit, auf andere Vorschläge als nur den Gesundheitsbereich einzutreten?

Brunold: Kollege Claus, ich danke Ihnen für die wohlwollenden Worte von gestern gegenüber der KBK. Ich hoffe, dass Sie bei der nächsten Geschäftezuteilung an die KBK denken und sich dafür einsetzen, dass wir wichtige Kultur- und Bildungsgeschäfte zugeteilt bekommen. Im Voraus ein herzliches Dankeschön. Kommen wir zu den Entwicklungsschwerpunkten im Bereich Bildung. Beim Entwicklungsschwerpunkt 3.1 geht es um den Ausbau der Kooperationen mit Universitäten, Forschungsinstitutionen. Hier wird auf Schulebene insbesondere von Kooperationen mit der Universität Zürich und der ETH gesprochen. Beim Entwicklungsschwerpunkt 3.2 liegt der Fokus auf der Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie mit Fokus auf der Fachhochschule Graubünden, FHGR, ehemals HTW. In diesen beiden Entwicklungsschwerpunkten wird jedoch nicht erwähnt, ob es auch bei der Fachhochschullandschaft in Graubünden eine organisatorische Bereinigung gibt. Wie wir alle wissen, ist die FHGR heute selbständig. Diese Institution spielt meiner Meinung nach eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung unseres Kantons. Jetzt muss unser Ziel sein, die FHGR weiter zu stärken und zu einem starken Player auf dem Bildungsplatz Schweiz weiterzuentwickeln. Wenn man jedoch wachsen möchte, dann braucht es ein starkes und breites Fundament. Daher frage ich mich, ob wir neben der FHGR noch andere organisatorisch unabhängig organi-

sierte Fachhochschulen benötigen oder wir die Kräfte nicht besser in der FHGR bündeln. Ich denke insbesondere an die Pädagogische Hochschule Graubünden PDGR, in zweiter Linie vielleicht auch an die Theologische Hochschule Graubünden. In Bezug auf die Pädagogische Hochschule Graubünden sehe ich insbesondere in den Bereichen Kantonssprachen und Kultur ein grosses Synergiepotenzial, wenn diese z.B. enger mit dem Tourismusbereich der FHGR verbunden werden. Der Entwicklungsschwerpunkt ES 5.2 zielt auf diese Punkte ab. Meine Frage: Gedenkt die Regierung, in der Planungsperiode 2020 bis 2024 Anstrengungen zu unternehmen, um die Fachhochschule Graubünden und die Pädagogische Hochschule Graubünden zu fusionieren?

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Parolini: Zu den verschiedenen Fragen von Grossrat Kappeler Folgendes: Also, zum Campus und zum Zeitplan des Campus kann ich keine weiteren Ausführungen machen. Wenn Sie da gewisse zusätzliche Fragen haben, dann können Sie meinen Kollegen Cavigelli befragen.

Zu den verschiedenen Erläuterungen, die hier unter ES 3.2 aufgeführt sind: Wenn es im Satz zwei da heisst, «Eine auf Fachkräfte ausgerichtete Ausbildung und Forschung sind für den Kanton Graubünden wesentlich», dann trifft das natürlich in diesem Kontext vor allem jetzt für die Abgänger der Hochschulen zu, aber natürlich haben wir Fachkräftemangel auch in anderen Bereichen, nicht nur bei den Hochschulabgängern, sondern auch bei den Abgängern der Berufsfachschulen und der Höheren Fachschulen. Und es geht um die Bedürfnisse, die wir in der Wirtschaft haben, und zur Wirtschaft zählen die exportorientierten Unternehmungen, die wir haben, vor allem im Bündner Rheintal, aber es zählt auch der Tourismus, es zählen auch Verwaltungsstellen, die auch auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind. Es ist eine allgemeine Aussage zu den Fachkräften, die wir noch in besserem Ausmass an der FH Graubünden gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft ausbilden wollen. Der zweite Satz, den Sie nicht verstehen können und der einen grammatikalischen Fehler beinhaltet, das stimmt, da sollte es heissen: «Einerseits soll die aktuelle Hochschul- und Forschungsstrategie mit der Innovationsstrategie zusammengeführt werden und die regionalwirtschaftliche Rolle der FHGR darin verstärkt werden.» Das «die» gehört anstatt «für» in diesen Satz. Das ist ein Flüchtigkeitsfehler. Und zu Ihren Fragen, inwiefern man weitere Angebote an der Hochschule machen kann, kann ich Ihnen einige Aussagen machen: Es ist eine Tatsache, dass wir mit der Überweisung des Auftrags Hardegger den Gesundheitsbereich prüfen wollen, den Pflegebereich an der FH Graubünden. Die Idee ist aufgenommen worden bezüglich der Weiterentwicklung dieses Gesundheitsbereichs an der FH Graubünden, unter anderem auch im Bereich Medizinaltechnik. Und die FHGR kann ein Konzept entwickeln, mit dem sie sich auf den Bereich Medizinaltechnik konzentriert. Grundsätzlich ist dies im Zuständigkeitsbereich der FHGR, weil gemäss

Art. 10 des Gesetzes über Hochschulen und Forschung die FHGR technische und ökonomische Bachelor- und Masterprogramme anbieten kann. Es wäre zielführend, zunächst mit einem Forschungsinstitut zu beginnen, um sich entsprechendes Know-how zu erarbeiten. Entstehen durch einen medizinaltechnisch orientierten Studiengang Mehrkosten, erfordert dies jedoch einen entsprechenden Antrag an die Regierung und muss in die Finanzplanung aufgenommen werden. Anders verhält es sich mit dem Bachelorstudiengang im Bereich Pflege. Dazu muss das Gesetz angepasst werden, was eine entsprechende Botschaft der Regierung an den Grossen Rat erfordert. Die entsprechenden Arbeiten werden jedoch auch als Folge des Auftrags Hardegger geprüft und an die Hand genommen. Andere Bereiche, z. B. Chemie stand zur Diskussion oder andere möglichen Bereiche, müssten im Rahmen der Umsetzung des Profildes Life Science geprüft werden. Hierzu ist jedoch zu beachten, dass die FHGR auch entsprechende Investitionen in Labors und die Infrastruktur tätigen müsste. Auch erfordert der Aufbau des entsprechenden Wissens Zeit und entsprechend qualifiziertes Forschungs- und Lehrpersonal. Wir werden uns der verschiedenen Themen annehmen und die auch dann intensiv mit den Verantwortlichen der FH Graubünden diskutieren. Wir sind sehr daran interessiert, dass die FH Graubünden als kleinste unabhängige Fachhochschule der Schweiz in den nächsten Jahren reüssieren kann. Es sind viele Herausforderungen neben dem Bau des Campus und wir sind bestrebt, die FH Graubünden weiterhin zu stärken.

Dann noch zur Frage von Grossrat Brunold, ob man die Kräfte bündeln soll, die PH und FH praktisch fusionieren? Synergien nutzen und zusammenarbeiten müssen wir. Sie haben einen Bereich erwähnt, Kultur, Tourismus. Das ist sicher wichtig und auch richtig, dass da Aktivitäten erfolgen, aber Anstrengungen, um diese beiden Institutionen zu fusionieren, liegen momentan nicht vor. Aber ich schliesse es nicht aus, dass man auch diesbezüglich Gespräche führen könnte. Wenn man Synergien nutzen kann und gestärkt auf dem Bildungsplatz Schweiz auftreten kann, dann muss man sicher auch diese Variante prüfen.

Degiacomi: Ich möchte den Ball aufnehmen, den Ratskollege Brunold eigentlich gespielt hat, und ich möchte die Regierung ermutigen, auch sich am Spiel zu beteiligen und den Ball aufzunehmen. Wir haben in der Stadt einen intensiven Prozess zur Positionierung der Stadt gestartet, und der Bildungsbereich, die Positionierung in der Bildung, das ist eigentlich der zentrale Punkt, und wir haben im Moment eine Arbeitsgruppe, die läuft. Da ist nicht nur die Volksschule, die Gewerbliche Berufsschule, das BGS, das ibW, KV, Pädagogische Hochschule, THC und die PH. Also da sind eigentlich alle Bildungsorganisationen vertreten, und wir sind alle der Meinung, es ist eigentlich falsch, nur auf Chur zu schauen, sondern man müsste den Perimeter eigentlich grösser denken. Der Plantahof müsste auch im Boot sein. Also, ich glaube einfach, es ist ganz zentral wichtig, wenn wir die Herausforderungen, die in diesem Regierungsprogramm beschrieben werden, wenn wir diese anschauen und die ganze Fachkräftediskussion, dass wir wirklich

versuchen, die Institutionen noch näher zusammenzubringen und eine gemeinsame Vision des Bildungsstandortes Graubündens zu erarbeiten. In dem Sinne, Ratskollege Brunold, sein Temperament ist ein bisschen mit ihm durchgebrannt, vielleicht als Erstes die THC und die FH zu fusionieren. Aber ich glaube, sehr wichtig wäre ein strukturierter Prozess aller Bildungsinstitutionen, und ich kann Ihnen versichern, dass wir jetzt von Seiten der Stadt, dass wir auch bereit sind, in der Volksschule schon an dieser Bildungsgeschichte zu schreiben.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu ES 3.2 Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir behandeln nun das Regierungsziel 4 mit dem Titel: Den Gebirgskanton Graubünden als attraktiven Arbeits-, Lebens- und Erholungsort positionieren, auf Seite 449. Wir eröffnen hier die Diskussion für Voten allgemeiner Natur. Die Entwicklungsschwerpunkte werden wir in einer späteren Phase behandeln. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungsziel 4

Den Gebirgskanton Graubünden als attraktiven Arbeits-, Lebens- und Erholungsort positionieren

Standespräsident Della Vedova: Keine Wortmeldung. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Pfäffli, Sie haben das Wort.

Pfäffli: Bei diesem Regierungsziel 4 hat mich vor allem der dritte Satz bei der Ausgangslage sehr gefreut. Er lautet: Künftig soll er, gemeint ist der Kanton Graubünden, aber auch als moderner Arbeits-, Wohn- und Ausbildungsort mit attraktiver Kultur und Freizeitangeboten in intakter Natur- und Kulturlandschaft in den Alpen bekannt sein. Für mich ist es ein klares Bekenntnis, dass unsere einzigartige Landschaft einerseits geschützt, aber andererseits auch erlebbar erhalten werden muss und soll. Das Schützen und das Erlebbare sind zwei Werte, die nebeneinander gleichwertig stehen, und das freut mich besonders.

Lassen Sie mich ein kurzes Beispiel machen: Im Oberengadin, die fünf grossen Seen in der Ebene bilden zusammen ein Ensemble. Dieses Ensemble ist geschützt, ist sehr geschützt. Es ist aber auch erlebbar, in unterschiedlichem Mass, aber es soll so bleiben. Drei der fünf Seen sind eher ruhiger Art, einer ist ein See, auf dem man das Erlebnis Wind, vor allem im Sommer, jederzeit und hautnah spüren kann, und der fünfte See, das ist der St. Moritzersee, er ist im Winter derjenige Ort, wo im Engadin wunderbare Events in einer einmaligen Kulisse stattfinden. Genau das oder genau dies stelle ich mir unter diesem Satz vor, das Miteinander von Schützen und Erlebbare bleiben.

Loi: Unter Regierungsziel 4 steht, wie da geschrieben, den Gebirgskanton Graubünden als attraktiven Arbeits-, Lebens- und Erholungsort positionieren. Das gilt natürlich selbstverständlich auch für periphere Gebiete im

Kanton Graubünden wie das Avers, und da ist mir vor allem der letzte Absatz des zweiten Abschnittes wichtig. Da steht: Für eine adäquate Standortentwicklung der verschiedenen Gebiete im Kanton sind unterschiedliche Faktoren, wie vor allem Bildung, Raumplanung und dann Verkehr usw., von Bedeutung. Daher sollen auch entsprechende Sektorialpolitiken auf die Potenziale eines attraktiven Arbeits- und Wohnumfeldes konsequent ausgerichtet werden. Ich denke, es ist allen klar, dass nicht überall alles gemacht werden kann im Kanton. Zumindest sollte aber, wenn eine lokale Initiative vorhanden ist, es nicht durch übereifrige Interventionen, vor allem in Sachen Raumplanung, verhindert werden, wenn gewisse Entwicklungen aus den Tälern heraus entstehen. Und ich denke, dass gerade in der Peripherie die nach meiner Meinung fehlenden Leuchttürme, wie es gestern bereits gesagt wurde, von Bedeutung wären, um eben auch die Peripherie an der ganzen Entwicklung partizipieren zu lassen.

Jochum: In fondo a pagina 449, e mi rifaccio a quanto detto dal Granconsigliere Loi appena adesso, troviamo scritto secondo la mia libera traduzione: per uno sviluppo adeguato delle diverse zone del Cantone ci sono diversi fattori importanti quali la formazione, la pianificazione del territorio, la sanità, il traffico, l'offerta di svago per il tempo libero o le condizioni fiscali. In tal senso anche la politica settoriale va indirizzata verso potenziali di un attrattivo contesto lavorativo e abitativo. Der Arbeitsraum hängt damit zusammen, dass wir in den verschiedenen Gebieten des Kantons auch Arbeitsplätze generieren und erhalten können. Diese kommen nicht von selber. Da brauchen wir Unternehmungen, Gewerbe- und Industrieunternehmungen, die sich bei uns niederlassen und Arbeitsplätze generieren. Dies ist der Fall, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Ich stelle fest, dass wir zunehmend mit Gesetzen konfrontiert sind, welche die unternehmerische Freiheit immer stärker einschränken. Die Wirtschaft wird aus verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt. Es wäre meines Erachtens angebracht, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern oder mindestens nicht zu verschlechtern. Wir sind nicht ganz frei. Wir müssen Bundesgesetze respektieren und anwenden. Dabei ist es aber äusserst wichtig, dass wir im Kanton Graubünden uns ein Maximum an Flexibilität und Spielraum für unsere Unternehmungen erhalten, und zwar in den verschiedenen Gebieten des Kantons. Und da meine ich auch ein Maximum an Flexibilität für die Gemeinden. In diesem Sinne fehlen mir konkrete Massnahmen, die darauf zielen, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für unsere Unternehmungen zu verbessern.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Aus der Regierungsbank? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen somit zu den Entwicklungsschwerpunkten ES 4.1, Herr Kommissionspräsident.

ES 4.1 Promotion des Arbeits- und Lebensraums Graubünden

Claus; Kommissionspräsident: Dieser lautet wie folgt: Promotion des Arbeits- und Lebensraums Graubünden. Graubünden wird von Unternehmen, Fachkräften und Familien als attraktiver und innovativer Arbeits- und Lebensraum wahrgenommen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Loepfe.

Loepfe: Ich spreche zum Entwicklungsschwerpunkt 4.1. Hier soll für die Markenidee, Naturmetropole der Alpen, in einem zweiten Schritt eine digitale Plattform geschaffen werden. Für die Gestaltung der Inhalte sollen Gemeinden, Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und weitere Akteure einbezogen werden. Gemeinden erhalten zudem die Möglichkeit, eigene attraktive Inhalte über diese Plattformen zu verbreiten. Meine Frage erfolgt im Lichte meiner Ausführungen in der Eintretensdebatte: Wieso ist die Regierung der Auffassung, dass es eine neue, zusätzliche digitale Plattform braucht? Wieso wird dieses Ziel nicht beispielsweise in der bereits bestehenden Plattform GRhome integriert, die meines Erachtens noch weit weg ist vom erhofften Erfolg? Grundsätzlich habe ich schon bei der Eintretensdebatte die Ausführung gemacht, der Trend läuft allgemein hin nicht zur Schaffung neuer Plattformen, weil es zu viele davon heute gibt, sondern zur Integration in Plattformen, wo schon eh viele Leute sich tummeln.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen? Aus der Regierungsbank? Regierungsrat Caduff, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Caduff: Ich beantworte die Frage von Grossrat Loepfe gern. Was ist das Ziel von GRhome? GRhome hat zum Ziel, für Gäste, Zweitwohnungseigentümer und Einheimische exklusive Angebote aus dem Bündner Tourismus anzubieten. Also dort geht es mehr ums Sensibilisieren für die Wichtigkeit des Tourismus, indem man den Zweitwohnungseigentümern und Gästen diese Angebote exklusiv zugänglich macht.

Die Idee der Plattform hier ist ganz eine andere. Hier geht es darum, ein Lead zu generieren, potenzielle Fachkräfte auf die Seiten der potenziellen Arbeitgeber zu locken und, indem man das zielgenau macht, diese potenziellen Fachkräfte zielgenau bewirbt und so diese Fachkräfte auf die Internetseiten der entsprechenden Unternehmungen, welche die Fachkräfte suchen, zu dirigieren versucht oder diese auf diese Seiten bringt. Das ist im Grundsatz die Idee, die dahintersteckt. Ob das funktioniert? Es ist natürlich ein bisschen ein Testfeld, um die potenziellen Fachkräfte darauf aufmerksam zu machen, dass man in Graubünden nicht nur Ferien machen kann, sondern dass man hier auch arbeiten kann, und das, wie Grossrat Pfäffli gesagt hat, in einer grossartigen Kulisse mit einem grossartigen kulturellen, aber auch sportlichen Angebot. Also, die Idee ist an und für sich ganz eine andere als die Idee, die hinter GRhome steckt.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Entwicklungsschwerpunkt? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen somit zu ES 4.2 auf Seite 451. Herr Kommissionspräsident.

ES 4.2 Sportkoordination in den Gemeinden

Claus; Kommissionspräsident: Hier geht es um die Sportkoordination in den Gemeinden. In der Gemeinde oder im Gemeindeverbund in der Region sind alle Akteure der Bewegungs- und Sportförderung vernetzt und durch die koordinierte Zusammenarbeit sind die Rahmenbedingungen für Bewegung und Sport verbessert.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Granconsigliera Noi-Togni, ha la parola.

Noi-Togni: Ich nehme hier nur kurz das Wort, um zu betonen, wie wichtig dieser Entwicklungsschwerpunkt und die entsprechenden Massnahmen sind. Die Erkenntnis, es kam in den Erläuterungen zum Ausdruck, dass die physische Gesundheit, aber auch der psychische und soziale Zustand der Menschen, Aufmerksamkeit und Aktionen bedarf, ist vor allem in dieser Zeit, wo die Isolation der Menschen ein sorgenerregendes Merkmal unserer Gesellschaft darstellt, von grosser Bedeutung. Unsere Gemeinde hat bereits Erfahrungen mit den Beauftragten vom kantonalen Gesundheits- und Sportamt gemacht und ist bestrebt, deren Arbeit zu unterstützen. L'isolazione delle persone, il comunicare solo attraverso i media sociali o il non comunicare del tutto, stanno diventando un fenomeno preoccupante della nostra società. Ogni misura che lo possa combattere è da urgentemente adottare. Con questo obiettivo del Governo si va certo nella direzione giusta.

Pfäffli: Bei diesem Entwicklungsschwerpunkt steht für mich eigentlich die Koordination und somit das Verwalten im Vordergrund. Ich bin aber der Ansicht, Sport müsste hauptsächlich ermöglicht werden, ermöglicht auch durch das zur Verfügung stellen von entsprechenden Sportstätten. Eine dieser Sportarten, die entsprechenden Platzbedarf braucht, ist der Fussball. Der Fussball ist ein Sport, der hauptsächlich draussen stattfindet. Wenn man die klimatischen Bedingungen im Kanton Graubünden anschaut, wird es immer schwieriger, auf schönen Rasenplätzen das ganze Jahr zu spielen, vor allem in den Höhenlagen. Ich wäre deshalb sehr dankbar, wenn bei der Bewilligung von Sportplätzen, die eine entsprechende Unterlage haben, die das Spielen von Fussball auch in den Übergangszeiten ermöglicht, die Ämter ein entsprechendes Wohlwollen an den Tag legen.

Geisseler: Als Vorstandsmitglied des Bündner Verbands für Sport begrüsse ich den Entwicklungsschwerpunkt 4.2 Sportkoordination in den Gemeinden. Im breiten Sportkonzept des Bundes von 2016 empfiehlt der Bund den Kantonen, die Gemeinden bei der regionalen und lokalen Sportkoordination und der Schaffung bedarfsorientierter Sport- und Bewegungsangebote zu unterstützen. Ver-

schiedene Kantone wurden in der Zwischenzeit bereits aktiv, so auch der Kanton Graubünden. Gestützt auf dem Sportförderungsgesetz berät und unterstützt der Kanton die Gemeinden im Aufbau lokaler Bewegungs- und Sportnetze. Im Rahmen des Sportförderungskonzeptes, bei dessen Erarbeitung der Bündner Verband für Sport mitgeholfen hatte, wurde als Ziel definiert, dass jede Gemeinde über eine kompetente Ansprechperson für Sport verfügt, die alle an der lokalen Sportförderung beteiligten Anbieter und Nutzer vernetzt, die Anlagenutzung optimiert und auf dem Gebiet des Sports für gute Rahmenbedingungen sorgt. Nun hat Graubünden Sport diesbezüglich eine Analyse durchgeführt. Diese zeigt auf, dass aktuell nur ein knappes Viertel der Gemeinden über eine Ansprechperson für Sport verfügt, wobei die entsprechenden Ansprechpersonen oftmals ein politisches Amt innerhalb der Gemeinde ausüben, also beispielsweise Gemeinderätin/Gemeinderat sind. Durch den Workload, den Gemeinderäte heute haben, kommt dabei der Sport häufig leider zu kurz, und auch die mit einem politischen Amt einhergehenden Wechsel sind für den Aufbau eines nachhaltigen Netzwerkes nicht unbedingt förderlich. Das Ziel, das sich der Kanton Graubünden im Sportförderkonzept gesteckt hat, wurde bisher also klar und deutlich verfehlt.

Ich begrüsse es deshalb sehr, dass die Regierung den Handlungsbedarf erkannt hat und sich im Rahmen des vorliegenden Regierungsprogramms für die Anschubfinanzierung von Sportkoordinationsstellen ausspricht. Denn, wie die Umfrage von Graubünden Sport auch zeigt, trifft diese Förderung auf das Interesse der Gemeinden, lokale Bewegungs- und Sportnetze aufzubauen. Die Vorteile von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen liegen auf der Hand. Sie fördern eine aktive Bevölkerung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur physischen, psychischen und sozialen Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, was wiederum den Kassen von Kanton und Gemeinden zugutekommt. Sie fördern die bewegungsfreundliche Raumplanung und die bessere Infrastrukturauslastung, was wiederum neue Investitionen rechtfertigt und damit die Standortattraktivität für die lokale Bevölkerung, aber auch für die Touristen, erhöht. Mit dem Entwicklungsschwerpunkt 4.2 verdeutlicht die Regierung den hohen Stellenwert, welchen der Sport im Kanton Graubünden hat. Ich hoffe, dass sie dies bei der Beantwortung der Anfrage Cavegn, betreffend Ausgestaltung von Graubünden Sport als Sportamt, im Hinterkopf behält.

Preisig: Ich begrüsse die Schaffung von Sportkoordinationsstellen und die damit einhergehende Verbesserung der regionalen Sportförderung ebenfalls sehr. Eine solche Koordinationsstelle fördert die Chancengleichheit im Sport für Kinder in den Regionen. Ich erlebe es selbst bei meinen Kindern. In vielen Sportarten, wie beispielsweise Leichtathletik oder Sportklettern, existiert eine professionelle Nachwuchsförderung nur im Ballungszentrum Chur. Andere Sportarten können zwar in den Regionen ausgeübt werden, sobald die Kinder jedoch ein gewisses Niveau erreichen, finden sie wiederum nur im Ballungsraum Chur weiterführende Trainingsmöglichkeiten. Diesbezüglich muss für die Kinder in den Regionen

mehr getan werden. Aus diesem Grund rege ich an, dass die regionale Sportkoordinationsstelle nebst den regionalen Konzepten zur Förderung des Breitensports auch die kantonal vernetzte Förderung des Leistungssports in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Sportverbänden entwickelt. Dafür sollen sich die regionalen Sportkoordinationsstellen regelmässig austauschen. Es muss das Ziel sein, die Chancengleichheit für Kinder in den Regionen in vielmehr Sportarten als heute anbieten zu können.

Kappeler: Ich bin Präsident der Interessengemeinschaft der Churer Sportvereine und ich kann von dieser Seite wirklich bestätigen, wie wichtig die Schaffung einer solchen Koordination ist. Wir sind in Chur, das kann ich wirklich sagen mit gutem Gewissen, wir sind fantastisch unterwegs. Wir haben beispielsweise Sportanlagen den Kredit genehmigt, 45 Millionen Franken, mit über 80 Prozent Zustimmung, sensationell. Wir haben ganz tolle Entwicklung im Jugendsport. Die Zahlen, die nehmen laufend zu, wirklich eine Erfolgsstory. Und beispielsweise organisieren wir jetzt, wie Kollegin Preisig vielleicht angetönt hat, organisieren wir jetzt in Chur auch den Tag des Bündner Sports. Das machen wir alles selbst. Wir haben auch die letzten zwei Jahre über 60 000 Franken generiert an Spenden- und Sponsoringmittel. Aber, das muss man dann einfach sehen, ohne eine Unterstützung, ohne eine kleine Koordination ist das einfach nicht möglich, diese Fortschritte zu machen. Und deshalb bitte ich wirklich alle, hinter diesem Anliegen zu stehen und ich bitte die Regierung, so weiter zu machen.

Marti: Ich habe dieser Debatte auch interessiert zugehört. Ich bin auch der Meinung, dass der Kanton beitragen kann, aber die Koordination alleine ist vielleicht wenig. Es braucht Hände, es braucht Arbeit, es braucht Geld. Die reinen Tipps vom Kanton sind nicht unwillkommen, aber man muss auch aufpassen, dass dann nicht Leute dazukommen, die dann einem beraten, aber eigentlich nicht wirklich mitarbeiten. Und ich bin mir bewusst, das ist nicht so einfach, aber einfach nicht eine Verwaltungsstelle mehr schaffen, die dann letztlich das Tempo verlangsamt. Das wäre mein Anliegen, das man bitte auch berücksichtigen möchte.

Degiacomi: Ich möchte kurz an das Votum von Ratskollege Kappeler anschliessen. Also in Chur war es so, früher gab es eine Bundesanschubfinanzierung, die hat das BASPO geleistet und in Chur hatte man das so aufgegleist, dass man zuerst mit einer Anschubfinanzierung des Bundes diese Sportkoordinationsstelle installiert hat und ich glaube auch, die hat sich sehr bewährt. Wir haben in den letzten etwa vier, fünf Jahren konnten wir beispielsweise den Anteil der Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen um 25 Prozent steigern und die Sportfachstelle hat dabei einen sehr wichtigen Beitrag geleistet.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Herr Regierungsrat Parolini.

Regierungsrat Parolini: Ich bedanke mich, durchaus alle Voten waren sehr positiv. Ich bedanke mich dafür. Die Idee ist wirklich, dass der Kanton Gemeinden, die eine solche Sportkoordination noch nicht haben, diese Gemeinden sensibilisiert. Der Kanton kann die Gemeinden in der Initialisierungsphase über Informationsveranstaltungen, entsprechende Dokumentationen und individuelle Beratung für die Anliegen der Sportkoordination motivieren. Im Weiteren will der Kanton die Gemeinden, während, wenn möglich, vier Jahren mit einer Anschubfinanzierung unterstützen. Wir haben angedacht, dass das 50 Prozent der Anstellungskosten des Sportkoordinators sein könnten, und ja, bei der Berechnung gehen wir davon aus, dass pro 1000 Einwohner maximal etwa zehn Stellenprozente nötig wären. Das sind so unsere Grundlagen, die wir erarbeitet haben, um eine Kalkulation zu machen, wie viele Mittel von Seiten des Kantons zur Verfügung gestellt werden sollten.

Im Weiteren geht es bei der dritten Massnahme um die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch. Der Kanton soll jährlich ein Vernetzungstreffen organisieren, um den Austausch und Know-how-Transfers zwischen den Sportkoordinatoren zu fördern. Und es gibt sicher einige Gemeinden, die können sich für eine spezifische Funktion eines Sportkoordinators oder einer Sportkoordinatorin zu klein halten. Wie in anderen Bereichen kann auch bei Bewegung und Sport dann die interkommunale Zusammenarbeit fruchtbar sein, wer weiss, vielleicht sogar auf regionaler Ebene, aber vor allem einmal auf interkommunaler Ebene. Und ja, wir werden schauen, inwiefern die Gemeinden dann davon Gebrauch machen werden. Wir zwingen den Gemeinden nichts auf, aber wir wollen den Gemeinden etwas anbieten.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu ES 4.2? Nicht der Fall. Wir kommen somit zu ES 4.3. Herr Kommissionspräsident.

ES 4.3 Förderung der Familienfreundlichkeit

Claus; Kommissionspräsident: Förderung der Familienfreundlichkeit. Der Kanton Graubünden ist punkto Vereinbarkeit von Beruf und Familie familienfreundlich aufgestellt und fördert die Chancengleichheit und die Inklusion von Kindern und Jugendlichen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Spadarotto, Sie haben das Wort.

Spadarotto: Ich bin erfreut darüber, dass es gemäss dem Entwicklungsschwerpunkt Förderung der Familienfreundlichkeit vorwärts gehen soll im Kanton Graubünden. Als Mutter von zwei kleinen Kindern, sowie als Stellenleiterin des kantonalen Verbandes engagiere ich mich im Bereich der Kinderbetreuung. Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung gehören zu einer zeitgemässen und familienfreundlichen Sozialpolitik. In der heutigen Gesellschaft eine dringliche Aufgabe, die oft durch staatliche Sparprogramme in Frage gestellt wird. Solange Kitas grossem Spardruck ausgesetzt sind,

wird die Betreuungsqualität für die Kinder nicht so gut sein, wie sie es sein könnte. Dies sollte uns aber ein Anliegen sein. Hohe Betreuungsqualität wird in erster Linie durch ausreichend und gut ausgebildetes Personal erreicht. Personalkosten sind der höchste Kostenpunkt der Kitas. Diejenigen, die auf unsere Kinder aufpassen, werden viel schlechter bezahlt als diejenigen, die auf unser Geld aufpassen. Ein Satz, über den es sich einmal nachzudenken lohnt. Die aktuelle Finanzierung berücksichtigt nicht die Arbeit in den Bereichen frühkindliche Bildung, Chancengerechtigkeit, soziale und sprachliche Entwicklung und Integration, welche die Kitas und ihre Mitarbeitenden täglich leisten. Verschiedene Einrichtungen sind defizitär und deren Fortbestand ist gefährdet. Die Bündner Wirtschaft braucht Fachkräfte, dies ist auch hier im Rat immer wieder ein Thema. Wir haben aber bei den Frauen eine grosse Zahl an gut ausgebildeten Fachkräften, die nicht oder nur in tiefen Pensen erwerbstätig sein können. Viele von diesen Frauen würden nämlich auch als Mütter gerne weiterhin in ihrem Beruf tätig sein. Weil bei uns aber Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen oder sehr teuer sind, ist es immer noch meist für die Frauen schwierig, Kinderbetreuung und Beruf unter einen Hut zu bringen. Es ist an der Politik, die Bedingungen zu schaffen, damit sie ihre beruflichen Fähigkeiten einsetzen können. Das nützt den Familien, das nützt der Gesellschaft und das nützt der Wirtschaft. Zudem erkennen mittlerweile immer mehr Bündner Gemeinden, dass eine funktionierende Kinderbetreuung ein Standortvorteil ist. Hier kurz noch eine Klammerbemerkung, die mir aber am Herzen liegt: Es würde sich meiner Meinung nach auch lohnen, sich für Arbeitszeitmodelle einzusetzen, die es auch Männern ermöglichen, Kinder in ihrem Alltag zu begleiten.

Ich komme zum Schluss. In der Familienpolitik ist die Schweiz generell im europäischen Vergleich enorm im Rückstand. Unter anderem sind die externen Betreuungskosten für Familien sehr hoch, teils fehlen vor allem im schulergänzenden Bereich, auch bei uns im Kanton, nach wie vor die Angebote. Dieser Rückstand ist übrigens einer der Gründe für die skandalöse Ungleichheit von Mann und Frau bei den Löhnen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass es gemäss dem Entwicklungsschwerpunkt 4.3 für Familien in Graubünden einen Sprung vorwärtsgehen soll, für die Attraktivität des Kantons, für Familien und nicht zuletzt auch für die Gleichstellung.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Regierungsrat Caduff, wünschen Sie das Wort? Nicht der Fall. Somit haben wir auch diesen Entwicklungsschwerpunkt behandelt. Wir kommen nun zum Regierungsziel 5 mit dem Titel: Die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Kantons Graubünden als Chance nutzen, auf Seite 453. Auch hier eröffnen wir zuerst die Diskussion für Voten allgemeiner Natur. Die Entwicklungsschwerpunkte behandeln wir später. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 5

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Kantons Graubünden als Chance nutzen

Claus; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Salis, Sie haben das Wort.

Salis: Mit Interesse habe ich das Regierungsziel 5 in Bezug auf die sprachliche Vielfalt des Kantons Graubünden zur Kenntnis genommen. Es freut mich sehr, wie die Regierung ihre Absicht in Bezug auf die Erhaltung der rätoromanischen und italienischen Sprache so auch digital formuliert. Gerade zum heutigen Zeitpunkt erachte ich eine aktive Sprachenentwicklung in unserem dreisprachigen Kanton, auf welche Weise auch immer, als äusserst wichtig. Ich bin überzeugt, dass wir unserer Dreisprachigkeit grösste Beachtung schenken müssen. Sie zeigt die sprachliche und kulturelle Vielfalt unseres Kantons. Ich unterstütze die formulierte Absicht der Regierung und hoffe sehr, dass diese auch so umgesetzt und vertieft wird.

Zanetti (Sent): La plurilingüità in Grischun es ün trat characteristic. Cha quella vain promovüda e sustgnüda, prevezza fingià l'artichel 3 da nossa Constituziun chantunala. Sch'eu leg il titel dal böt da la Regenza, as pudessa però eir presumer, cha la plurilingüità saja plüchöntschi ün agravi, sch'ella dess gnir valütada sco schanza, chi dess gnir nüzziada. In fat es laplurilingüità üna plüvalur per no tuots, ed id es necessari, cha quella gnia sustgnüda. Ma üna lingua viva be, sch'ella vain applichada i'l minchadi, saja quai ill'economia, i'l temp liber, ma eir sün via. E quia am fetscha pisser per la Rumantschia. Üna lingua viva be, scha la gliעד, chi abita illas valladas, ha eir üna perspectiva economica, ha la pussibilità da's sviluppar e nu vain bod sforzada da preservar unicamaing las valurs dal passà. Il svilup demographic discuorra quia üna lingua clera, perquai salüda fich chi vain dat il pais necessari a la diversità da lingua e cultura.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Regierungsziel? Aus der Regierungsbank? Nicht der Fall. Wir kommen somit zu ES 5.1 auf Seite 454. Herr Kommissionspräsident.

ES 5.1 Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern

Claus; Kommissionspräsident: Dieses lautet: Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern. Die Rätoromanische und Italienische Sprache und Kultur im Kanton Graubünden sollen langfristig erhalten werden. Hier hat die KSS bei der Schaffung einer Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» eine intensive Diskussion mit der Regierung geführt. Um Verbesserungen in der Verwaltung zu erzielen, soll eine Koordinations-

stelle aufgebaut werden, damit durch konkrete Massnahmen mehr Präsenz der Mehrsprachigkeit in der Verwaltung erreicht wird. Das sind die Erläuterungen dazu. Nach Auffassung der KSS ist dies nur möglich, wenn diese Stelle übergeordnet angesiedelt wird. Das heisst, es macht keinen Sinn, sie innerhalb eines Amtes untergeordnet zu platzieren. Um dies zu können, ist die KSS diesbezüglich zum Schluss gekommen, dass eine solche Stelle grundsätzlich in der Standeskanzlei angesiedelt werden müsste. Dies als Vorinformation seitens der KSS.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Granconsigliere Papa ha la parola.

Papa: Il Governo ha voluto porre un accento particolare su questo punto principale di sviluppo 5 che riguarda particolarmente il rafforzamento delle lingue e delle culture minoritarie. La proposta del Governo di porsi come obiettivo nel programma di Governo 2021-2024 l'istituzione di un ufficio di coordinamento per l'amministrazione plurilingue, ha una valenza epocale per il Canton Grigioni. Noi membri delle due deputazioni grigione italiana e romancia e dell'organizzazioni linguistiche Pro Grigioni Italiano e Lia Rumantscha ce ne rallegriamo molto e auspichiamo che questo ufficio deve avere il giusto peso e un giusto riconoscimento. Deve poter essere un ufficio che consiglia il Governo, che incrementa la presenza del plurilinguismo, assicurando una buona rappresentanza delle comunità linguistiche cantonali in tutti i dipartimenti e tra i quadri. Il compito di questo ufficio deve essere anche quello di monitorare allo stesso modo su tutte le questioni linguistiche e organizzazioni che hanno un accordo di prestazioni con il Governo. A nostro parere e idealmente dovrebbe poter gestirsi autonomamente e non essere assoggettato a uno specifico dipartimento. Dovrebbe essere quindi un punto di riferimento e di aiuto per le regioni e per i comuni stessi, che spesso hanno difficoltà di reciproca comprensione con gli uffici dell'Amministrazione cantonale.

Seit Jahren oder vielleicht noch besser seit immer urteilen wir, dass die Kantonssprachen in Graubünden ungleich behandelt werden. Die Bereitschaft der Regierung auf Eintreten des Berichtes Demokratiezentrum Aarau, sich den Problemen der Minderheitssprachen in Graubünden zu beugen und mit der Schaffung eine Koordinationsstelle für eine mehrsprachige Verwaltung zu beginnen, ist für uns von den Minderheitssprachen ein Grund von grosser Freude. Wir setzen grosses Vertrauen in die Regierung. Wir wünschen uns, dass diese Koordinationsstelle die richtigen Kompetenzen, ein klar definiertes Interventionsfeld und ein klar definiertes Statut mit den übergeordneten Wert hat. Wir brauchen kein Büro, das dazu da ist, um da zu sein und die Öffentlichkeit zu erfreuen, dass sie etwas gegen die sprachlichen Paritäten getan wird. Wir möchten auch, dass diese neue Stelle die notwendige Sensibilität gegenüber den beiden sprachlichen Minderheiten hat. Es ist sicherlich die Aufgabe der Regierung zu bestimmen, wo diese Koordinationsstelle angesiedelt werden soll. Damit über die notwendige Intervention und Kontrollfähigkeit verfügt, ist unserer

Meinung nach unerlässlich, sie in einer überdepartementale Stelle, z.B. bei der Stadtkanzlei, anzusiedeln.

Un altro punto che mi sta particolarmente a cuore è il campo dell'insegnamento. La conoscenza delle lingue cantonali nelle scuole deve essere rafforzata e per questo il Governo pensa a un rafforzamento della promozione, della trasformazione digitale nei settori delle conoscenze linguistiche e della traduzione. Specialmente in ambito scolastico lo scambio linguistico intercantonale ed extra-cantonale dovrebbe essere promosso con più forza e convinzione. La preparazione degli insegnanti di lingue va nettamente migliorata.

Neben den wichtigen Massnahmen, die die Regierung für den Ausbau der zweisprachigen Ausbildungskurse in den kantonalen Minderheitssprachen ausserhalb des traditionellen Verbreitungsgebietes und für den Ausbau des Sprachenaustauschs uns vorschlägt, müssen die Ausbildungsangebote in Romanisch und Italienisch in den Sekundar- und Berufsschulen sichergestellt und wenn möglich erweitert werden. Die Vorbereitung der Sprachlehrer muss deutlich verbessert werden. Ich verstehe, wie frustrierend es für einen Lehrer sein kann, der ein Fach unterrichten muss, indem er nicht die nötigen Kenntnisse verfügt. Ich bin überzeugt und es ist auch bewiesen, dass ein motivierter Lehrer auch seine Schüler motivieren kann.

Michael (Castasegna): Intervengo anch'io su questo punto, ma mi permetto prima un piccolo inciso riguardante la discussione di ieri. Si tratta di una breve replica al Consigliere di Stato Parolini riguardo alla scelta o alla non scelta del Governo di puntare anche sugli elementi caratterizzanti del nostro Cantone come le lingue, le culture, le identità per quanto attiene la formazione universitaria. Io ieri ho parlato di sfruttare le opportunità, di creare un valore aggiunto e perché no, di costruire un terzo faro "ein dritter Leuchtturm", sfruttando un contenuto per il quale il nostro Cantone è addirittura predestinato. L'attività svolta presso l'Alta Scuola Pedagogica, citata dal Consigliere di Stato Parolini, è sicuramente lodevole e importante, ma ben lungi da quanto proposto. Non posso perciò fare altro che ribadire quanto detto ieri ed esortare il Governo ad accogliere il consiglio espresso anche dal collega Degiacomi, di cogliere l'attimo, carpe diem, dimostrando apertura e perché no, anche un po' di opportunismo, dovessero presentarsi delle occasioni interessanti. Ora però vengo all'argomento vero e proprio: la priorità di sviluppo ES 5.1, in particolare la misura che prevede la creazione di un ufficio di coordinamento per l'amministrazione plurilingue. Ammetto che ho accolto con grande sorpresa ma anche grande piacere l'intenzione del Governo di creare un ufficio di coordinamento per l'uso delle lingue da parte dell'amministrazione pubblica e para pubblica nel nostro Cantone. Mi complimento con il Governo per la decisione e per aver preso sul serio i risultati del rapporto del Centro per la democrazia di Aarau, che si aggiunge e conferma quanto regolarmente e continuamente discusso, segnalato, reclamato all'interno di questa sala, da molti di noi. Devo dire la verità, ogni tanto ci sentiamo quasi in imbarazzo quando noi Granconsiglieri di lingua italiana portiamo via del tempo al Gran Consiglio e agli altri colleghi di

lingua tedesca, forse anche di lingua romancia, per temi riguardanti l'uso della lingua. Io spero che con l'istituzione di un ufficio di coordinamento che abbia poi le competenze e abbia la possibilità di intervenire, di consigliare, ma anche di indirizzare il comportamento dei vari uffici, dei vari servizi cantonali, ma non solo cantonali, anche degli istituti che appartengono al Cantone esterni, credo che con questo riusciamo a risolvere una buona parte dei problemi.

Nun um was geht es wirklich? Es geht um die Umsetzung des Sprachengesetzes. Und nicht zuletzt die Einhaltung der Verfassung des Kantons Graubünden. Es geht also um eine höchst politische, ja staats- und demokratiepolitische Frage. Und nicht um eine sprachpolitische oder kulturelle Frage. Ich glaube das ist der Grundsatz und mit dieser Frage müssen wir uns befassen. Es stellt sich somit auch die Frage der Zuteilung. Meine Vorredner haben schon gesagt, wie sie es sehen. Ich sehe das ähnlich. Die Zuteilung, diese Stelle muss am richtigen Ort zugeteilt sein. Weil Form ist in diesem Fall auch Substanz. Mit der Zuteilung dieser Koordinationsstelle zeigt die Regierung auch, welchen Stellenwert diese Koordinationsstelle für sie einnimmt. Und dies ist auch ein Zeichen gegenüber der Verwaltung und gegenüber den Leuten, die dann mit dieser Koordinationsstelle zu tun haben. Zuteilung ist sicher eine Frage. Die Aufgaben, die Kompetenzen, die so einer Stelle überwiesen werden, sind eine zweite Frage. Auch hier erwarte ich von der Regierung Courage. Ich erwarte hier wirklich, dass diese Stelle eine wichtige Funktion einnimmt. Dass sie wirklich auch einwirken kann. Dass sie aber auch beraten und eine beratende Funktion einnehmen kann gegenüber den Amtsstellen. Es geht um Kommunikation. Es geht um Kommunikation mit dem Bürger. Es geht um Sprachennutzung in den Regionen. Es geht um Bürgernähe und es geht um einen Kanton, der wirklich dreisprachig ist. Also weiter, liebe Regierung, weitermachen, aber bitte beachtet diese Punkte.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Dies ist nicht der Fall. Granconsigliere Wellig per la discussione generale. Prego.

Wellig: Nella presentazione del programma di Governo e del piano finanziario per il quadriennio 2021-2024, il Governo propone quale quinto obiettivo al punto 5.1 "Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nützen und fördern. Die Rätoromanische und Italienische Sprache und Kultur im Kanton Graubünden sollen langfristig erhalten werden." Noi della Deputazione del Grigioni italiano, immagino anche i colleghi romanci, leggiamo da un lato con grande piacere di questo obiettivo del Governo. Ma dall'altro lato rimанiamo un poco sopesi di questa volontà, in quanto questa chiara presa di posizione ci fa venire il dubbio che fino ad ora la lingua italiana e quella romancia, benché l'articolo 3 della Costituzione cantonale reciti "il tedesco, il romancio e l'italiano sono le lingue cantonali e ufficiali equivalenti", sottolineo equivalenti, "del Canton Grigioni". Non era da promuovere né tantomeno da mantenere. Ritengo la formulazione espressa in forma scritta il risultato piuttosto infelice di redazione, non necessariamente voluto dal

Governo. Partendo da questo presupposto sono contento e mi auguro che nel quadriennio a divenire, il Governo vada ad attuare quei punti che elencano le misure da prendere. Vale a dire: Schaffung einer Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung», Förderung von Bildungsangeboten im Bereich des Sprachenaustauschs und in der Diaspora innerhalb des Kantons. Prüfung und Umsetzung von Massnahmen, um den Herausforderungen des Medienwandels zu begegnen. E da ultimo: Förderung der digitalen Transformation in den Bereichen sprachliche Grundlagen und Übersetzung.

Negli ultimi anni i colleghi della deputazione del Moesano, non da ultimo chi vi parla, non ha mancato di sollecitare il Governo a più riprese in questa sede, ma sovente anche direttamente i vari uffici cantonali a voler prestare maggiore attenzione, chiedendo massimo rispetto per la parte italoфона del nostro Cantone. Troppo sovente, soprattutto da parte dell'Amministrazione cantonale, i contatti con i cittadini di lingua italiana, contribuenti del nostro Cantone, vengono fatti sia oralmente che per iscritto in lingua tedesca. Siamo tutti coscienti che nei vari uffici cantonali mancano addetti che siano in grado di comunicare in italiano. Magari anche noi delle valli dovremmo farci un mea culpa e impegnarci di più affinché i nostri giovani prendano la strada per Coira, piuttosto che quella per Bellinzona. Proprio per questi motivi ritengo che alle misure proposte dal Governo, la prima di questa e mi ripeto: "Schaffung einer Koordinationsstelle, mehrsprachige Verwaltung," è da attuare al più presto affinché tutti gli uffici possano, anzi mi sia concesso, debbano far capo a quest'ultimo prima di rilasciare una qualsiasi lettera o quant'altro indirizzata a italoфoni. Sono contento di sentire che la Commissione sostiene che questo ufficio debba venir collocato nell'Amministrazione cantonale, sotto il cappello della Cancelleria dello Stato e non tanto integrato sotto a uno o a un altro dei dipartimenti. Solo così, care colleghe e cari colleghi, si potrà finalmente archiviare una problematica della nostra vita quotidiana nelle valli, che ci condiziona da anni in maniera negativa e discriminatoria, permettendoci così, come ha già detto il collega Michael, di dedicarci ancora di più ad altro piuttosto che dover continuare a reclamare per il mancato equo trattamento.

Fasani: Ringrazio prima di tutto la collega Zanetti per il suo intervento in lingua romancia. È stato bello, direi, sentire questa lingua e secondo me solo parlandola rimarrà anche nel nostro Cantone. La cultura è sinonimo di identità. La cultura, si può dire, è tutto. Tutto ciò che consente all'individuo di orientarsi nei confronti del mondo, della società e di tutto ciò che egli fa per capire meglio la sua situazione, per poterla eventualmente modificare e migliorare. Fine della massima. La cultura aiuta a vivere insieme, deve essere un ponte solido nei rapporti tra Stato e società. Ben vengano quindi le proposte avanzate dal Governo al punto 5.1 del suo programma. Applaudiamo alla sensibilità dimostrata nel promuovere questi punti a favore della nostra diversità e di riflesso a favore del nostro trilinguismo grigione. La romancia e l'italianità apprezzano particolarmente e fanno loro il punto 5.1 "Creazione di un ufficio di coordinamento per l'amministrazione plurilingue". Il nuovo

ufficio, richiesto da anni, è un ufficio di coordinamento. Si adopera a favore di un'applicazione integrale dell'equivalenza dei diritti delle lingue cantonali e sovrintende all'applicazione della legge delle lingue del Cantone dei Grigioni. All'interno dell'Amministrazione cantonale, con l'ufficio di coordinamento, si vuole incrementare la presenza del plurilinguismo, assicurando un'adeguata rappresentanza delle comunità linguistiche cantonali in tutti gli uffici tra i quadri, promuovendo il perfezionamento delle competenze linguistiche del personale nelle lingue cantonali, nonché stimolando il lavoro plurilingue. Auspichiamo la messa in funzione dell'ufficio già nel 2021 e ci auguriamo già fin d'ora che sia un'istituzione autonoma, funzionante ed efficiente, sotto tutte le nostre aspettative. Ringrazio di nuovo il Governo affinché tenga il rubinetto dell'acqua sempre aperto, affinché la società non patisca la sete di cultura.

Atanes: con piacere ho appreso dal programma di Governo della decisione di creare un ufficio di coordinamento denominato amministrazione plurilingue. Alla base di questa proposta vi è la valutazione della Confederazione circa le misure di promozione in favore delle lingue minoritarie. Questa valutazione ha dato un giudizio molto severo sull'operato delle autorità cantonali. Secondo gli autori di questo studio infatti il Cantone prende le sue responsabilità solo in modo insufficiente verso le minoranze linguistiche, sebbene la loro promozione sia un compito di rango costituzionale. Ad oggi il Cantone non ha ancora formulato una strategia coerente in favore delle minoranze cantonali. Quale rappresentante del Grigioni italiano, negli ultimi anni ho chiesto più volte spiegazioni sulla presenza chiaramente insufficiente di italofoeni nell'Amministrazione cantonale, soprattutto a livello di quadri. Basta infatti dare un'occhiata ad alcuni bandi di concorso attualmente pubblicati sul portale del Cantone per valutarli non conformi dal punto di vista della politica linguistica. Una critica analoga è stata formulata a dicembre dalla Carta europea delle lingue minoritarie regionali. Il nostro Cantone è stato invitato per l'ennesima volta a rafforzare l'italiano quale lingua amministrativa. Con questo nuovo ufficio di coordinamento spero si possa ovviare a questa situazione. L'esperienza fatta a livello federale e quella dell'amministrazione del Canton Berna in favore della minoranza francofona, devono servire da esempio al nostro Governo per dotare questa nuova unità amministrativa delle risorse e soprattutto delle competenze necessarie, per assicurare delle procedure di soluzione corrette in tutti gli uffici cantonali. La valutazione della Confederazione ha fatto una constatazione molto semplice: la promozione delle minoranze linguistiche deve essere onnipresente nel lavoro dell'esecutivo cantonale. Mi aspetto quindi che il Governo fissi degli obiettivi chiari e misurabili per questo nuovo ufficio di coordinamento e che informi a scadenza regolare il Gran Consiglio sui progressi raggiunti.

Deplazes (Rabius): Cun gronda satisfacziun hai jeu priu enconuschientscha dil punct central «Svilup 5.1». En quei punct vesein nus che la diversidad linguistica da nies cantun ei ina schanza ch'ins duei trez a nez e promover.

En quei connex less jeu menziunar il Post da coordinaziun per l'administraziun plurilingua. Il post da coordinaziun duei s'engaschar e survigilar che la Lescha da lungatgs dil cantun Grischun vegni applicada, e quei sin tut ils scalems politic-administrativs da nies cantun. Il post sto survegnir las cumpetenzas necessarias per saver agir sur tut ils departaments, e quei cun cussegliaziun, denton era cun il dretg directiv. Ei va cheu per ina buna mischeida e representanza dils lungatgs ellas administraziuns, denton era per la scolaziun dil personal els lungatgs da nies cantun. Ei va per la sensibilidad necessaria el diever dils lungatgs, cu ei va per informaziuns or ellas regiuns. Sco exempel menziunesch'jeu las tablas d'informaziun digl Uffeci da construcziun bassa. Sch'ina via ni ina punt vegn sanada e las informaziuns ein per tudestg enstagl per romontsch ni talian, ei quei in fatg che sto vegnir migliuraus. Per finir less jeu plazzar il giavisch e la spetga ch'in tal post da coordinaziun sto esser tschentaus ella dretga hierarchia ed el dretg departament per aschia ver la forza ed impurtonza necessaria dad era saver effectuar enzatgei. Cass cuntrari ei il prighel gronds che nus creein in post da coordinaziun senza cumpetenzas ed influenza, pia in tigher senza dents.

Rettich: Die Schaffung einer Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» begrüsse ich sehr. Aber jetzt ist wichtig, dass man hier auch überlegt und mit einer klaren Strategie vorgeht. Im vom Kollege Papa angesprochenen Bericht des Demokratiezentrum Aarau kam Graubünden wirklich miserabel weg. Das muss man offen ansprechen. Es ist gut und nötig, dass die Regierung mit der Schaffung einer Koordinationsstelle nun umgehend reagiert. Doch das darf nur der erste Schritt sein. Im Frühjahr verhandelt der Kanton mit dem Bund über Leistungsvereinbarungen für die kommenden vier Jahre. Da müssen wir bereit sein. Da müssen wir ein Konzept vorlegen können und aufzeigen, wie wir die Dreisprachigkeit im Kanton effektiv voranbringen wollen. Regierungsrat Parolini, ich ermutige Sie, dazu hier couragiert voranzugehen. In diesem Bereich haben wir eine Menge Handlungsbedarf aber auch ein riesiges Potential. Und ich danke an dieser Stelle Regierungsratspräsident Rathgeb, der schon in seinem Votum in der Eintretensdebatte angetönt hat, dass die Regierung sich vorgenommen hat, für die Sprachförderung konkrete Massnahmen ergreifen zu wollen. Ich bitte Sie nochmals, mit einem klaren Fahrplan und klaren Zielen in die Verhandlungen mit dem Bund zu gehen, und der Koordinationsstelle nicht nur den Auftrag, sondern auch die Kompetenzen zu geben und für die Mehrsprachigkeit wirklich etwas bewegen zu können.

Alig: Jeu plaidel tier punct 5.1. Sco εμπρεμ engraziell jeu alla Regenza en num e sco president dalla grupp romontscha dil Cussegl grond per la promptad e la beinvulientscha da risguardar e promover egl avegnir pli serius e cun dapli perseveranza la plurilinguitad e las minoritads linguisticas enteifer nies cantun. Il clom e giavisch dalla Romontschia ha finalmein anflau la via el program dalla Regenza. Grazia fetg persunter. Stai si, defenda, Romontsch, tiu vegl lungatg. Risguard pretenda per tiu patratg! Dedesta tut cun tun sonor dil frontscha

romontsch cantau da cor! Nies prenci-poet – la fin dil 1800 – ei ius vinavon: Stai si, sedosta, Romontsch, pil plaid grischun. Lai buc aposta satrar tiu dun! Lein pia detschart pretender, lein pia detschart pretender no dretgs ch'ein stipulai ellas Constituziuns federala e cantunala e buca mo deponer gentilmein nos giavischs.

Ich habe als Präsident der romanischen Grossratsgruppe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Regierung es nun wirklich ernst meint mit der Förderung der Sprachenvielfalt sowie mit dem Schutz und Erhalt der Minderheitssprachen unseres dreisprachigen Kantons. Dabei ist die zu schaffende Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» überaus wichtig. Ich gehe noch weiter, sie ist unbedingt notwendig. Damit aber diese Koordinationsstelle auch die nötige Durchsetzungskraft entfalten kann, ist eine departementsübergreifende Positionierung zwingend. Es wurde bereits erwähnt, beispielsweise könnte das die Standeskanzlei sein. Um auch die nötige Sensibilität gegenüber den beiden kantonalen Sprachminderheiten aufzuweisen, ist es zudem wünschenswert, dass sie koordiniert und angemessen vertreten ist. Sie sollte beispielsweise in verwaltungsinternen Belangen die Präsenz der Mehrsprachigkeit erhöhen. In Personalfragen sollte sie eine angemessene Vertretung der Sprachengemeinschaften in der Verwaltung sowie die Weiterbildung des Personals in den Kantonssprachen sichern und sich für eine ausgewogene Verwendung der Kantonssprachen in interner Kommunikation der Verwaltung einsetzen.

Darüber hinaus sollte die Koordinationsstelle mittels Motto eines Monitorings die Regierung und die kantonalen Ämter im Hinblick auf die sprachspezifischen Vorgaben bei den mittels Leistungsvereinbarung dem Kanton zugewandten Organisationen beraten. Zum Beispiel könnten dies auch die Dienstleister im Gesundheitswesen sein, denn da besteht erheblicher Nachholbedarf. Und sie muss einen regelmässigen Austausch mit den Sprachorganisationen und weiteren Anspruchsgruppen sicherstellen. Die Förderung der digitalen Transformation im Kanton muss eng mit der aktiven Förderung der Kulturen, der regionalen Besonderheiten und der Dreisprachigkeit verbunden sein. Sie ist insbesondere für die romanische Sprachengemeinschaft eine grosse Herausforderung. Neben sprachgebundenen Applikationen könnten verschiedene Angebote entwickelt werden, die das Romanische und das Italienische im Digitalisierungsprozess innerhalb unseres Kantons unterstützen. Die Inwertsetzung der Sprachen und Kulturen zur Erhöhung der touristischen Attraktivität des Kantons darf nicht zu Lasten der Präsenz der angestammten Sprachen gehen. Bei Inschriften und Signalisationen sind die Orts- und Flurnamen in der angestammten Sprache zu halten. Beispielsweise heisst es Ruinaulta und nicht Rheinschlucht oder stazione und nicht Bahnhof Poschiavo. Auch Tourismusorganisationen sollten bei ihren Angeboten und sprachkulturgebundenen Inhalten möglichst authentisch unter Einbezug der Kantonssprachen vermitteln. Einer folkloristischen Ausbeutung muss deutlich mit Wort und Tat entgegengewehrt werden.

Noi-Togni: Der Entwicklungsschwerpunkt 5.1, dessen Massnahmen und Erläuterungen, sind für uns Italie-

nischbündner von grosser Bedeutung. Zumal wir in diesem Saal seit Jahren für Taten seitens der Regierung zugunsten unserer schönen, aber in Graubünden Minoritätensprache kämpfen. Dank der Analyse des Zentrums für Demokratie in Aarau und auch dank des Einsatzes der Pro Grigioni Italiano können wir heute diesbezüglich über konkrete Interventionen reden. Man kann einverstanden sein mit den Absichten der Regierung vor allem über die Schaffung einer Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung». Trotzdem möchte ich auf zwei Aspekte hinweisen. In den Erläuterungen ist Folgendes zu lesen über die genannte Stelle, ich zitiere: «Um Verbesserungen in der Verwaltung zu erzielen, soll eine Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» aufgebaut werden, damit auch konkrete Massnahmen, mehr Präsenz der Mehrsprachigkeit in der Verwaltung erreicht wird.» Gut so. Aber bedeutet Verwaltung nur die Kantonale Verwaltung? Und was geschieht mit den parastaatlichen Institutionen wie Kantonsspital, Zentrum für Gesundheit und Soziales, die verschiedenen Schulen, die praktisch alle stark vom Kanton subventioniert sind, aber über eine autonome Leitung verfügen? Dies ist sicher die Mehrheit der Institutionen im Kanton. Was kann man von dieser Seite erwarten? Ich bringe in Erinnerung, dass an verschiedenen Orten der Analyse des Zentrums der Demokratie die Rede ist von der Notwendigkeit, dass die Angehörigen unserer italienischen Sprache sich verständigen können in den Spitälern, in den sozialen Einrichtungen und in den Schulen des deutschsprachigen Graubündens. Verwaltung, Leitung und Arbeitende der oben genannten Institutionen wissen nicht selten, gar nicht, dass ein Teil der Bevölkerung Graubündens Italienisch als Muttersprache hat. Eine sorgfältige Information dieser Zielgruppe ist bestimmt unerlässlich. Will man den Empfehlungen von Aarau treu bleiben und vor allem alles richtig machen?

Ein anderer sehr wichtiger Aspekt der Massnahme ist die ebenfalls von Aarau stigmatisierte Situation der Medien in unserem Kanton, was die Minderheitssprachen angeht. Der Informationsaustausch zwischen Deutsch- und Italienisch-Graubünden ist ein Dauerbrenner oder besser gesagt, hat noch nicht richtig existiert. Im Misox wissen die Leute nicht, was in Chur passiert und umgekehrt noch weniger. Man lebt in zwei verschiedenen Welten, was Informationen anbelangt. So ist man fremd im eigenen Land. Empfehlungen für eine Veränderung dieses Zustands sollte eine klare Aufgabe dieser Stelle sein.

Il rapporto di Aarau si sofferma spesso sul problema della non conoscenza da parte delle istituzioni, in modo particolare degli ospedali grigionesi, della lingua cantonale italiana. Ora, possiamo facilmente immaginare cosa significa per chi è ricoverato in un ospedale, sia all'Ospedale cantonale o le due psichiatrie, non potersi esprimere e non venir compreso proprio in un momento della vita nel quale la comprensione è della massima importanza. Importante per il sentirsi del paziente ma anche per la sua sicurezza. Ma ciò che è anche più grave è che manca la consapevolezza, sottolineo, la consapevolezza da parte del personale e della direzione sulla presenza e sui diritti della minoranza italoфона nel Cantone. Un'informazione sistematica a questo proposito nelle istituzioni è intralasciabile, perciò prego vivamente sin

d'ora di non dimenticarlo. E poi c'è una cosa anche interessante: il Governo parla spesso di turismo della sanità. La nostra popolazione deve ricorrere praticamente unicamente al Ticino, proprio per questi problemi ai quali ho accennato. Quindi è evidentemente importante che ci sia anche nel Canton Grigioni un assetto di cura che sopperisca anche ai bisogni della lingua italiana. Ringrazio e chiudo.

Censi: Quale rappresentante del Grigioni italiano, sindaco e insegnante, leggo, vedo con grande gioia la prevista messa in funzione dell'ufficio di coordinamento per l'uso delle lingue. Non voglio dilungarmi, non voglio ripetermi. Penso che oggi il Gran Consiglio dia un messaggio forte, un messaggio chiaro al Governo su questo tema. La presenza anche sulle tribune di rappresentanti della Pro Grigioni Italiano e della Lia Rumantscha ulteriormente dimostrano l'interesse per questo importante tema. Concludo dicendo che il Cantone dei Grigioni pensa, sogna, lavora, gioca in italiano, in tedesco e in romancio.

Niggli-Mathis (Grüsch): Ich gebe zu, dass ich die meisten Voten, die jetzt zu diesem Artikel gemacht worden sind in italienischer und romanischer Sprache nicht verstanden habe. Meine Herkunft aus dem Prättigau prädestiniert mich nicht unbedingt dazu diese Sprachen zu können und zu beherrschen, da sie in der Umgangssprache meines Tales nicht alltäglich sind und sehr viele Touristen, die wir im Tal haben englischer Sprache sind. Ich komme aber auch aus dem Tal aus dem der Präsident der Lia Rumantscha stammt und darauf bin ich sehr stolz. Für mich ist die Stossrichtung, die hier in diesem Artikel aufgezeigt wird, nicht nur richtig und wichtig, sondern es ist mehr als nur ein Gebot der Stunde. Es ist höchste Zeit, dass hier vermehrt Anstrengungen unternommen werden. Wenn ich als Prättigauer durch das Bergell fahre und eine Baustelle auf der Strasse antreffe, die in grossen deutschen Lettern angeschrieben ist: «Hier baut der Kanton Graubünden», so ist das schon fast ein Affront gegenüber der regionalen Bevölkerung. Was würde ich als Prättigauer sagen, wenn man die Baustellen im Prättigau auf Italienisch anschreibt. Ich unterstütze vollumfänglich die Stossrichtung der Regierung. Ich unterstütze auch, wenn wir von der BDP aus uns auch gesagt haben, wir wollen den Verwaltungsapparat nicht weiter anschwellen lassen, diese Stabsstelle. Und ich hoffe sehr, dass diese Stabsstelle zur Quelle wird für Sensibilisierung gegenüber Amtsstellen und öffentlichen Auftritten des Kantons in allen Kantonssprachen in unserem Kanton, der aus drei Sprachen besteht.

Märchy-Caduff: Ich möchte noch ganz kurz einen anderen Aspekt dieses Schwerpunktes aufgreifen. Im unteren Teil des Textes steht: «Der Aufbau von weiteren Bildungsangeboten soll geprüft und bei Bedarf umgesetzt werden.» Konkret geht es hier um das erfolgreiche Modell der zweisprachigen Klassen. Seit fast sechs Jahren unterrichte ich in einer Klasse bilingua, 1. Klasse bis 3. Klasse. Aus meiner Sicht bilden diese zweisprachigen Klassen einen überaus wertvollen Beitrag zur Erhaltung unserer Dreisprachigkeit. Ich möchte die Verantwortli-

chen aufrufen diesen Weg wirklich konkret zu prüfen und weiter voran zu treiben.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall.

Regierungsrat Parolini: Quist d'eira ün'interessanta discussiun, ün'interessanta debatta, cha no vain pudü perseguitar quia aint il Grond cussagl regard la plurilinguità i'l chantun Grischun. Eu sun cuntaint dals votums. I nu n'ha dat ün votum critic chi vess dit, cha la Regenza nu dess d'vantar activa, plü activa, in quist sector, e quai rinforza natüralmaing nossa posiziun e nossa intenziun dad agir cun quellas differentas masüras, cha no vain proponü.

Ja, ich glaube, alle haben es verstanden oder braucht es eine Simultanübersetzung? Ich glaube nicht. Vorläufig noch nicht. Also, geschätzte Damen und Herren, danke für die Voten. Wir haben konkrete Massnahmen aufgeführt und Sie haben vor allem einige Ausführungen gemacht zur Schaffung der Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» und da kann ich Folgendes sagen: Bezüglich Sprachpolitik hat der Kanton eine grosse Eigenverantwortung und eine Vorbildfunktion innerhalb der eigenen Verwaltung. Zu diesem Zweck soll diese Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» geschaffen und mit der nötigen Weisungsbefugnis ausgestattet werden. Diese soll in Zusammenarbeit mit den einzelnen Dienststellen die Zuständigkeiten prüfen und definieren und auf der Grundlage bestehender Erfahrungen konkrete Massnahmen zur verbesserten Präsenz der Mehrsprachlichkeit einleiten.

Einige Votanten haben sich dazu geäussert, wo diese Koordinationsstelle angesiedelt werden soll. Wie Sie wissen, ist das ein Entscheid der Regierung und wie Sie wissen, haben wir auch einige andere Querschnittsämter oder Abteilungen, die in verschiedenen Departementen angesiedelt sind. Es handelt sich z. B. um das Hochbauamt, das natürlich alle betrifft. Es handelt sich um das Amt für Informatik, das auch die ganze Verwaltung betrifft. Es handelt sich um das Personalamt, das auch alle betrifft und es handelt sich auch um die Stabsstelle für Chancengleichheit und so ist es auch mit der Koordinationsstelle für Mehrsprachlichkeit. Diese betrifft die ganze Verwaltung. Wo sie angesiedelt wird, wie gesagt, das wird dann die Regierung entscheiden und Sie dürfen dann nicht überinterpretieren, je nachdem wo sie angesiedelt wird, ob wir jetzt dieser Arbeit grosse Bedeutung geben oder nicht. Schauen Sie dann auf die Arbeit, die gemacht wird.

Die zweite Massnahme, Förderung von Bildungsangeboten im Bereich des Sprachaustausches und der Diaspora innerhalb des Kantons, da hat Grossrätin Märchy ein paar Ausführungen dazu gemacht, vor allem zu ihrer Erfahrung mit der zweisprachigen Schule in Domat/Ems. Das sind eben auch Massnahmen zugunsten der nationalen Sprachminderheiten ausserhalb der angestammten Sprachgebiete und das steht auf nationaler Ebene auch in der Kulturbotschaft und inskünftig sollten auch zusätzliche Bundesmittel dafür zur Verfügung gestellt werden können. Das heisst auch ausserhalb des Kantons Grau-

bünden. Wir sind gespannt, wie sich das dann präsentiert auf Bundesebene.

In Bezug auf die Diaspora innerhalb Graubündens, etwa italienische oder eben rätoromanische Sprachgemeinschaften vor allem im Bündner Rheintal, steht natürlich auch der Kanton in der Pflicht. Hier soll auf der Grundlage erfolgreicher Modelle, etwa die zweisprachigen Klassen in Chur und in Domat/Ems, der Aufbau weiterer Bildungsangebote geprüft werden und bezüglich dem Sprachaustausch zwischen den Sprachgruppen gilt es einerseits die Beteiligung von Bündner Klassen an entsprechenden Programmen zu fördern, andererseits gilt es die Möglichkeit zu prüfen, das dreisprachige Graubünden auch ausserkantonale in Klassen als Hotspot für die Begegnung der Sprachen und Kulturen zu etablieren. Das ist ein Anliegen, das auch immer wieder im Schulbereich diskutiert wird. Da fehlen uns momentan natürlich auch ein bisschen die Ressourcen, um die Koordination und die Promotion dieser Sprachaustausche zu fördern.

Sie sehen, es gibt noch weitere Massnahmen, die wir unter dem Entwicklungsschwerpunkt 5.1 aufgeführt haben. Die Herausforderung im Medienwandel, das ist eine grössere Herausforderung, die betrifft nicht nur die Sprachminderheiten, aber wir sind da auch gefordert. Und die Förderung der digitalen Transformation in den Bereichen sprachliche Grundlagen und Übersetzungen, da sind wir ebenfalls gefordert. Mit diesem Entwicklungsschwerpunkt wollen wir auch eine Grundlage haben, um hier weitere Aktivitäten zu entfalten und vielleicht auch in Kombination mit der Digitalisierungsbotschaft, die Sie dann in der Junisession behandeln werden. Soweit meine Ausführungen zur Diskussion zum ES 5.1.

Marti: Ich möchte noch kurz an die Ausführung von Herrn Regierungsrat anknüpfen. Er hat sehr gut erläutert, wie wichtig die in Chur oder Domat/Ems geführten Angebote sind. Wir haben in Chur, ich möchte hier nicht meinem Kollegen irgendwie reinreden, der ist zuständig. Wir haben in Chur natürlich immer auch die Schwierigkeit, dass dann die Schulgesetzgebung, auch die Finanzen gewisse gute Lösungen nicht direkt begünstigen. Also hier wäre durchaus auch die Hilfe des Kantons sehr, sehr wichtig, um individueller als üblich zugunsten der Sprache zu arbeiten und Modelle zu finden, die dann auch nicht nur alleine dann letztlich finanziell bei der Gemeinde haften bleiben. Also wir sind hier um Ihre Unterstützung sehr dankbar und bitten Sie auch um sehr kreative, aufgeschlossene Lösungen, diesen sehr guten Produkten gegenüber, weil die Sprachförderung in der Schule, an der Basis, ist wohl in Tat und Wahrheit die allerbeste.

Michael (Castasegna): Grazie mille della parola. Mi permetto di riprendere alcuni punti, alcuni aspetti e replicare brevemente o prendere brevemente posizione su quanto ha detto il nostro Consigliere di Stato Parolini. Allora, io l'ho già detto, ho accolto con grande soddisfazione la proposta e sono convinto che il Governo abbia intenzione di fare sul serio e di mettere in atto veramente un ufficio che abbia un senso, quando parliamo dell'uffi-

cio. È giusto, spetta al Governo decidere dove allocare questo ufficio. Spetta la Governo fare le valutazioni necessarie. Io credo che il Gran Consiglio oggi abbia comunque dato al Governo quanto meno quella che è la posizione di maggioranza o di grande maggioranza se non, dello stesso Gran Consiglio sulle aspettative che il Gran Consiglio ha sulla collocazione di questo ufficio. Io nel 2012 sono andato a ricercare un intervento che avevo fatto in occasione della discussione durante la sessione speciale aggiuntiva che avevamo fatto sulla legge scolastica dove si parlava di lingua, e dove c'erano delle discussioni all'interno del Cantone dei Grigioni, all'interno del Gran Consiglio, sull'utilità di insegnare la seconda lingua cantonale nelle scuole del nostro Cantone. Quindi è una discussione che è ricorrente e ce la ritroviamo spesso e spesso siamo dovuti intervenire. Io ero intervenuto con un titolo, con un'introduzione dicendo "I have a dream", io ho un sogno, ho un sogno "jau hai in siemi", "ich habe einen Traum". Io avevo cercato di far capire quanto è importante la comunicazione, la comprensione all'interno del Cantone, il fatto che i cittadini vengano presi sul serio e vengano trattati allo stesso modo, non partendo dalla discriminazione linguistica. Io credo che con questo ufficio di coordinamento, se collocato al posto giusto, se gli vengono messi a disposizione gli strumenti necessari, sarà un ufficio di grande importanza. Ci troviamo secondo me per le lingue, per l'uso delle lingue, per la democrazia nel nostro Cantone, di fronte a un momento storico.

Noi-Togni: Nur ganz kurz. Ich habe keine Antwort bekommen auf meine Fragen, okay. Aber eine ist ganz konkret gewesen. Ich mache keine deklamatorische Geschichte hier, aber ich will wirklich hören von der Regierung und der Verwaltung, was versteht man. Versteht man auch die parastaatlichen Institutionen, sind diejenige, die eben uns Mühe geben, beziehungsweise Spitäler usw. Da brauchen wir etwas, es ist ein Bedürfnis. Konkret.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Nicht der Fall. Regierungsrat Parolini.

Regierungsrat Parolini: Granconsigliera Noi-Togni, scusi che ho dimenticato di dare la risposta alla vostra domanda concernente l'amministrazione. Quello lì è solamente l'Amministrazione cantonale o anche le istituzioni che hanno una relazione con l'amministrazione, con il Cantone.

Es ist so, dass bei den Institutionen, die eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton haben, man natürlich Bedingungen formulieren kann. Inwieweit es möglich ist, Bedingungen sprachlicher Art mit diesen Institutionen zu vereinbaren, das wird auch Gegenstand der Abklärungen sein. Wie Sie wissen, sind wir nicht nur departementsintern, verwaltungsmässig, über die ganze Verwaltung daran, zu evaluieren, wo wir Handlungsbedarf aufgrund des Berichts des Instituts von Aarau im Auftrag des Bundesamtes für Kultur haben. Und diese Frage, inwiefern wir in den Leistungsvereinbarungen solche

Bedingungen aufnehmen können, werden wir sicher auch prüfen.

Vorhin habe ich ein paar Ausführungen gemacht zur Diaspora und der Stadtpräsident hat da noch einen Hinweis gemacht bezüglich den finanziellen Problemen, die es da geben kann. Die Diaspora ist sehr wichtig für die Romantschia und auch für die Italianità. Es ist aber auch wichtig, dass wir, und das hat Grossrätin Zanetti gesagt, dass wir auch schauen, dass die wirtschaftlichen Grundlagen in den angestammten Gebieten nach wie vor noch ermöglichen, die Leute vor Ort zu halten. Und das ist eine grössere Herausforderung. Die geht natürlich auch in viele andere Bereiche, als in die Sprachpolitik, über, und darum haben wir auch viele andere Schwerpunkte, Entwicklungsschwerpunkte im Regierungsprogramm. Denn wenn die Leute vor Ort keine Existenz mehr haben, dann wird es natürlich schwierig, in den angestammten Gebieten die Sprache auch weiterzuentwickeln.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall. Somit haben wir auch diesen Entwicklungsschwerpunkt behandelt. Bevor wir unsere parlamentarischen Arbeiten kurz unterbrechen, gratuliere ich Grossrat Degiacomi zum Geburtstag. *Applaus.* Weiter habe ich drei Kommunikationen zu machen. Die erste: Angekündigt für heute Morgen ist eine Informationsveranstaltung zum Thema 5G auf dem Theaterplatz. Die zweite Kommunikation: Das Institut Kulturforschung Graubünden gibt einen Einblick in seine Forschungstätigkeiten. Die Veranstaltung findet an der Reichsgasse 10, das heisst gegenüber vom Hotel Stern statt. Wir sind alle eingeladen. Es gibt Kaffee und Gipfeli. Die dritte Kommunikation: Grossrat Gasser wird jetzt in der Pause draussen im Foyer das Buch verteilen, respektive persönlich überreichen wie er gestern angekündigt hat. Dies mit der Bitte, dass es auch gelesen wird. *Heiterkeit.* Oder weitergegeben. Und mit diesen Kommunikationen schalten wir eine Pause bis 10.40 Uhr ein. Ich bitte um pünktliches Erscheinen.

Standespräsident Della Vedova: Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen? Nehmen Sie bitte Platz, damit wir anfangen können.

Bene. Prima di proseguire coi nostri lavori, con il programma di Governo, desidero porgere un caloroso e ufficiale benvenuto alla delegazione del Gran Consiglio del Cantone del Ticino, che è venuta a farci visita quest'oggi. La delegazione è guidata dal Presidente del Gran Consiglio, il mio omologo Claudio Franscella. Presenti sono anche il primo Vicepresidente Nicola Pini, il Granconsigliere Daniele Caverzasio, i capigruppo Alessandra Gianella e Nicola Schönenberger, nonché il presidente di servizio del Gran Consiglio ticinese Tiziano Veronelli. Mi fa particolarmente piacere potervi dare il benvenuto quest'oggi in questa sede, in questo Gran Consiglio, come rappresentante dell'italianità del Cantone dei Grigioni, come presidente italofono del Cantone dei Grigioni. Come ben sappiamo le nostre due realtà rappresentano la Svizzera italiana. Sono due realtà che hanno molte similitudini a livello territoriale, a livello politico, in parte anche a livello linguistico, come ab-

biamo sottolineato. E non vorrei comunque dimenticare di ringraziare ufficialmente il Cantone del Ticino per l'ottima collaborazione che ha con il Cantone dei Grigioni in generale, ma soprattutto per quanto riguarda il Moesano. Sappiamo che ci sono degli accordi che permettono a una parte dei nostri concittadini di usufruire dei vostri servizi, questo non da ultimo per questioni di vicinanza. Questo ci fa veramente molto piacere. È un aiuto molto importante che va curato e va implementato anche in futuro. In questo senso avremo modo comunque di approfondire durante la giornata quelle che possono essere ulteriori collaborazioni, che come è stato detto pocanzi devono certamente avvenire a livello di esecutivi ma non possono non essere discusse anche a livello dei rappresentanti dei legislativi. In questo senso di nuovo vi ringrazio per la vostra presenza, avremo modo di ricambiare durante il mese di marzo. E che continui così la collaborazione fra Grigioni e fra Ticino. Grazie. *Applaus.*

Nun wir fahren weiter mit der Beratung unseres Regierungsprogrammes. Wir kommen zu ES 5.2, die kulturelle Vielfalt sichtbar und nutzbar zu machen. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

ES 5.2 Die kulturelle Vielfalt sichtbar und nutzbar machen

Claus; Kommissionspräsident: Ich erlaube mir ganz kurz auf ES 5.1 zurückzukommen. Die Diskussion um die Koordinationsstelle hat gezeigt, dass der Grosse Rat und die Kommission geschlossen dieser Stelle eine sehr hohe Bedeutung zumessen. Es ist keines Falls so, dass es sich dabei um eine reine Dienstleistung wie bei einer IT oder einem Personalamt handelt. Es geht vielmehr um eine staatspolitische Aufgabe, die hinter dieser Koordinationsstelle für Graubünden liegt. Ich bitte daher, natürlich respektiere ich völlig die entsprechenden Möglichkeiten, die dem Parlament gegenüber der Regierung gegeben sind und ich weiss, dass Sie für die operative Umsetzung alleine zuständig sind. Aber ich glaube die Regierung hat den Wunsch des Parlamentes, den politischen Wunsch klar gehört, und ich vertraue der Regierung, dass Sie dem Wunsch der Politik auch nachkommen wird. In diesem Sinne komme ich zum Entwicklungsschwerpunkt 5.2: Die kulturelle Vielfalt sichtbar und nutzbar machen. Die kulturelle Vielfalt ist digital zugänglich und der Nutzen der Kultur für Wirtschaft und Tourismus sowie Bildung und Wissenschaft gestärkt.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Granconsigliera Noi-Togni, ha la parola.

Noi-Togni: Quando si parla di extracantonale io e non solo io, penso al nostro vicino Ticino. Sono quindi oltremodo felice che il Ticino, al quale la nostra regione deve molto in termini di prestazioni e di posti di lavoro, viene insieme con altri Cantoni coinvolto ufficialmente nei programmi futuri del nostro Cantone. E così nel senso del *carpe diem*, cogli l'attimo, ne approfitto per ringraziare, come sindaca di San Vittore e come membro

della Commissione sanitaria e membro del Comitato della Regione Mesolcina, di ringraziare vivamente il Canton Ticino, in prima linea naturalmente oggi i suoi alti rappresentanti, per tutto quello che fa per la nostra regione.

Und wenn vielleicht in deutscher Sprache hat man nicht verstanden, ich wiederhole, weil unser Präsident des Grossen Rates hat richtigerweise in Italienisch gesprochen, aber ich möchte noch, dass Sie alles verstehen. Ich habe mich offiziell bedankt bei dem Tessin, bei den hohen Behörden vom Tessin über alles, was sie für unsere Bündner Region machen.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Regierungsrat Parolini, wünschen Sie das Wort? Nicht gewünscht. Somit haben wir auch diesen Entwicklungsschwerpunkt durchberaten. Wir kommen somit zum Regierungsziel Nummer sechs mit dem Titel «Eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und zeitgemässe Betreuungsmöglichkeiten im ganzen Kanton gewährleisten». Auch hier eröffnen wir zuerst die Diskussion für Voten allgemeiner Natur. Die Entwicklungsschwerpunkte werden wir in einer zweiten Phase behandeln. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 6

Eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und zeitgemässe Betreuungsmöglichkeiten im ganzen Kanton gewährleisten

Claus; Kommissionspräsident: Keine allgemeinen Bemerkungen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Zanetti ha il pled.

Zanetti (Sent): Cur cha no gratulain ad inchün per seis anniversari, includaina in noss buns giavüschs adünala sandà. La sandà vala sco ün dals plü ots e cuostaivels bains, dimena es la sandà alch, cha no stain avair pissier. Precis sco chi nu glüscha adüna il sulai, daja eir in nos minchadi mumaints cun sumbrivas. E no nun eschan adüna be frischs e sans, da las jadas dvantaina eir amalats. E mincha persuna in Grischun sto avair ün access adequat in cas da malatia o accidaint ad ün'instituziun correspundainta. Perquai suna fich cuntainta da pudair constatar, cha la Regenza sustegna eir in avegnir las staintas da sviluppar inavant il provedimaint da sandà illas regiuns. Per mai tocca ün sistem da provedimaint da sandà pro las infrastructures da basa illas regiuns. Ma sainza ün svilup ed adattamaint a las circostanzas ed als bsögn nun esa pussibel, cha quel accumulaischa las pretaisas dal temp. Pro quist svilup tocca eir la sensibilisaziun da la populaziun per las agnas cumpetenzas in dumondas da sandà. Üna sfida. Üna sfida sarà eir la realisaziun dal manaschamaint da cas, surtuot, scha quel dess servir a tuot la populaziun. Dad avair ün sistem da provedimaint da sandà illas regiuns significha sper la

sgürezza pellas abitantas e pels abitants chi vivan là eir ün avantag per las gestiuns turisticas e po esser ün argument decisiv, sch'inchün s'occupa culla dumonda da tuornar u da gnir da nouv a viver in nossas valladas. Cullas masüras previssas vain aderi parzialmaingeirad ün ulteriur böt da la Regenza, ün böt fich important, nemppe quel da far frunt a la depopolaziun da las regiuns perifericas e quai salüda fich.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Aus der Regierungsbank? Nicht der Fall. Somit kommen wir zu ES 6.1 auf Seite 457. Herr Kommissionspräsident.

ES 6.1 Mit integrierter Gesundheitsversorgung in die Zukunft

Claus; Kommissionspräsident: Dieser Schwerpunkt befasst sich mit der Gesundheitsversorgung in der Zukunft. Die Gesundheitsversorgungszentren in den Gesundheitsversorgungsregionen stellen langfristig und finanziell tragbar die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicher.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Rutishauser, Sie haben das Wort.

Rutishauser: Ich spreche zunächst zum Entwicklungsschwerpunkt 6.1, nachher werde ich noch etwas zum Entwicklungsschwerpunkt 6.2 sagen. Positiv ist für mich hierbei besonders die Absicht, griffige Massnahmen gegen den personellen Notstand ergreifen zu wollen. Eine wirkungsvolle Investition in die Ausbildung, die Unterstützung von Wiedereinstiegskursen, Massnahmen zur Erhöhung der Berufsverweildauer, z. B. durch attraktive Arbeitszeitmodelle, die Förderung und Unterstützung der Sozialpartnerschaft sowie die vorgesehene Sicherstellung der Ausbildungsverpflichtung der Betriebe sind weitere wesentliche Voraussetzungen für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen mit dem Ziel einer ausreichenden, allen zugänglichen Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung. Es gilt aber auch, die Institutionen in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. So leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Lehre und Forschung in unserem Kanton, der in Bedeutung mit der möglichen Erweiterung der Fachhochschule und dem Bereich Gesundheit wohl noch zunehmen wird. Auch haben die Aufwendungen für die Sicherheit, keine Kernaufgabe der Spitäler, deutlich zugenommen. Diese Zusatzaufgaben sind zurzeit nicht explizit als gemeinwirtschaftliche Leistungen durch den Kanton anerkannt, was es zu überprüfen gälte.

Deplazes (Rabius): Ich kann die Stossrichtung der Regierung voll und ganz unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Leistungserbringern in den Regionen muss intensiviert werden. Damit dies effizient und effektiv geschehen kann, ist die Bildung von Gesundheitsversorgungszentren unumgänglich. Eine grosse Herausforderung, die auf uns zukommt, ist der Fachkräf-

temangel in der Pflege, wie auch in den medizinischen Berufen. Mit der Bildung von Gesundheitsversorgungszentren ist die Problematik nicht per se gelöst. Dies zu glauben, wäre naiv. Aber die grösseren Einheiten haben mehr Ressourcen, das Personal selbst auszubilden oder in Weiterbildungen zu schicken, attraktive spezialisierte Arbeitsstellen anzubieten und so auf dem Arbeitnehmermarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Mit der Einführung eines umfassenden Case-Managements in den Gesundheitsversorgungszentren bekommen wir einen direkten Mehrwert für den Patienten. Er wird an den richtigen Leistungserbringer verwiesen, welcher ihm die bedarfsgerechte Pflege und medizinische Betreuung zukommen lässt. Die Case-Managementstelle hat den Überblick über das Angebot und die freien Kapazitäten in der Region und die Verlegungen und Belegungen können optimiert werden. Und schlussendlich können so Einsparungen erzielt werden. Kurz gesagt: Um die regionalen Strukturen weiterentwickeln zu können, braucht es eine gewisse Grösse, das nötige Know-how und vor allem den politischen Willen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Aus der Regierungsbank? Nicht gewünscht. Somit haben wir auch diesen Entwicklungsschwerpunkt behandelt. Wir kommen zu ES 6.2. Herr Kommissionspräsident.

ES 6.2 Help yourself und deinen Nächsten

Claus; Kommissionspräsident: Unter dem Titel «Help yourself und deinen Nächsten», der Anstieg der Gesundheitskosten wird durch Stärkung der Gesundheitskompetenz und Wahrnehmung der Eigenverantwortung gedämpft, und attraktive Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige werden geschaffen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Flütsch, Sie haben das Wort.

Flütsch (Splügen): Ich spreche zum Entwicklungsschwerpunkt 6.2, «Help yourself und deinen Nächsten», unter den Massnahmen Punkt vier, Entschädigung pflegender Angehöriger vor Eintritt in das AHV-Alter. Die Bündner Regierung hat in der Vernehmlassung des Bundes zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung wie folgt Stellung genommen: «Der Kanton Graubünden spricht sich gegen den Vorschlag des Bundes aus, unter anderem mit den Kantonen Thurgau, Appenzell Innerrhoden und Obwalden. Der Kanton Graubünden anerkennt die Problematik im Zusammenhang mit erwerbstätigen pflegenden Angehörigen, allerdings erachtet er die Lösung auf freiwilliger Basis oder die aktuelle Regelung als ausreichend.» Auf Bundesebene wird auch über eine Taggeldentschädigung in Höhe von bis zu 80 Prozent des geltenden Lohnes diskutiert. Die Fragen, die sich hier in Zukunft stellen, werden nebst anderen sein: Bleibt die Regierung bei dieser Grundhaltung, dass die jetzigen Massnahmen für erwerbstätige pflegende Angehörige genügend sind,

oder macht sie eine Kehrtwende? Wer wird die daraus resultierenden hohen Kosten tragen? Und wie werden diese Kosten in Zukunft verteilt?

Rutishauser: Also ich spreche auch zu Entwicklungsschwerpunkt 6.2. Spitex, freiberuflich tätige Pflegefachpersonen sowie pflegende und betreuende Angehörige ermöglichen vielen Menschen auch im fortgeschrittenen Lebensalter oder im Krankheitsfall ein Leben in der vertrauten Umgebung. Daneben wächst der Markt der Care-Migrantinnen, der im Regierungsprogramm leider keine Berücksichtigung gefunden hat. Zeitmangel und Kostengründe bewegen viele Betroffene und Angehörige zur Wahl einer solchen Lösung. Leider birgt dieses Modell neben auf der Hand liegenden Vorteilen auch hohe Risiken, und zwar sowohl für die Leistungserbringenden, als auch für die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger.

Die Aufgaben der Hauswirtschaft, Pflege und Betreuung sind oft nicht klar voneinander abgegrenzt. Oft erwartet die Care-Migrantinnen eine sehr hohe Präsenzzeit mit mangelnder Rückzugs- und Privatsphäre mit gravierenden Folgen für die eigene Gesundheit. Bei den ihnen Anvertrauten handelt es sich meistens um Personen mit komplexen Anforderungen. Ob und wie deren Sicherheit gewährleistet wird, wird kaum überprüft. Fehlende berufliche Qualifikation ist in den meisten Fällen anzunehmen. Somit kann kein adäquater Umgang mit der teilweise dementen und anspruchsvollen Klientel erwartet werden. Auch der gerade totalrevidierte Normalarbeitsvertrag für das hauswirtschaftliche Arbeitsverhältnis wird allfällige Missstände kaum verhindern können. Hier würde ich mir zur Erhöhung der Sicherheit wünschen, dass Kooperationsmöglichkeiten mit Spitexorganisationen vermehrt geprüft würden. Notwendig wäre es auch, sowohl potenzielle Kundinnen und Kunden von Dienstleistungen durch Care-Migrantinnen über die Rechtslage zu informieren, als auch den Care-Migrantinnen selbst eine Anlaufstelle mit Unterstützungsmöglichkeit anzubieten.

Cahenzli-Philipp: Ich stelle erfreut fest, dass unter ES 6.2 das Thema «pflegende oder betreuende Angehörige» so prominent auf die politische Agenda gesetzt wurde. Das ist gut so, gut für die zahlreichen jüngeren und älteren Menschen in unserem Kanton, welche sich regelmässig, oft Tag für Tag, um ihre betagten Eltern, das behinderte Kind oder den dementen Partner kümmern, weil damit ihre Leistung anerkannt und sichtbar gemacht wird. Gut aber auch für unser Gesundheitssystem, weil der demographisch bedingte Mehrbedarf an Betreuung und Pflege durch institutionelle Angebote allein kaum mehr zu bewältigen sein wird, drohen doch in Zukunft die notwendigen personellen, aber auch finanziellen Ressourcen zu fehlen. Was betreuende Angehörige leisten, ist also nicht nur Privatsache, sondern eine unverzichtbare gesellschaftliche Leistung und ein wertvoller Beitrag, der ganz konkret mithilft, Kosten im stationären Bereich einzusparen und damit die öffentliche Hand zu entlasten, und zwar auf Kantons- und Gemeindeebene. Geschätzte Damen und Herren, viele von Ihnen werden es aus eigener Erfahrung kennen, betreuende Angehörige

sind stark darin, für andere da zu sein. Zeit für sich selbst bleibt oft kaum übrig. Das zehrt an den Kräften, oft verbunden mit finanziellen Einbussen oder Herausforderungen, weil Betreuende im Beruf kürzertreten oder vielleicht die Erwerbstätigkeit ganz aufgeben müssen, was zu finanziellen Einbussen führt und sichtbar wird, etwa in Form einer geringeren Rente. Daher muss die Frage gestellt werden, wer die unbezahlte Care-Arbeit zukünftig leisten soll und wie die Nachteile hinsichtlich sozialer Absicherungen ausgemerzt werden können.

In ES 6.2 sind richtige Antworten dazu formuliert. Dafür danke ich der Regierung und hoffe, dass die notwendigen Ressourcen dann auch gesprochen werden, und dass eine effiziente und gut geklärte Zusammenarbeit mit privaten Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, angestrebt wird. Noch eine Schlussbemerkung: Damit Pflege und Betreuung zu Hause überhaupt möglich ist, müssen die Angehörigen im Notfall auf professionelle Unterstützung zurückgreifen können. Das heisst, es braucht im ganzen Kanton eine bedarfsorientierte medizinische Grundversorgung, wie auch unbedingt eine dezentrale ambulante Versorgung. Langfristig wird also kein Weg an starken Gesundheitsversorgungsregionen vorbeiführen. Und wir alle wissen, dass es auf diesem Weg noch Anstrengungen brauchen wird.

Holzinger-Loretz: Beim Entwicklungsschwerpunkt 6.2 «Help yourself und deinen Nächsten», habe ich einige Bemerkungen aber auch Fragen zur Entlastung und Entschädigung pflegender Angehöriger vor Eintritt in das AHV-Alter. Pflegende Angehörige erbringen tagtäglich enorme Leistungen. In unserem Kanton gehen wir von etwa 4000 bis 6000 Personen aus, die von pflegenden Angehörigen, mehrheitlich von Frauen, betreut werden. Müssten all diese Personen auf die Angehörigenhilfe verzichten und professionelle Hilfe in Anspruch nehmen oder in einer Pflegeeinrichtung betreut werden, würden uns eine enorme Zahl an Fachkräften und einige hundert Pflegeplätze fehlen. Ein Szenario, das ich mir lieber nicht vorstelle. Angehörigenpflege ist eine sehr emotionale, aber auch fordernde Aufgabe. Auf der einen Seite sehr schön und befriedigend, aber auch fordernd, und manchmal sehr belastend, dies körperlich, aber auch psychisch. Aus diesem Grund scheint es mir enorm wichtig, dass pflegende Angehörige Unterstützung und Entlastung erhalten. Ich denke da vor allem auch an praktische Unterstützung, an der Ausweitung der Angebote im Bereich Betreuung, nicht nur Ferienbette, sondern Tages- oder Nachtaufenthalte ermöglichen oder auch Wochenendentlastungen. Wir haben dieses Thema schon in der Augustsession 2015 ausgiebig besprochen, als wir den Auftrag Caduff betreffend Unterstützung für betreuende und pflegende Angehörige überwiesen haben. Einige dieser Themen wurden bereits erledigt und ausgeweitet, verschiedene Angebote wurden geschaffen, aber trotz alledem haben wir noch einiges an Handlungsbedarf. Und ich bin sehr froh, dass dies so prominent aufgenommen wurde. Nun aber zum Thema Entschädigung pflegender Angehöriger: Ich weiss, es ist sehr schwierig, wenn man Angehörige pflegt und nicht mehr im Berufsalltag sein kann. Man verliert einiges an Sozialleistungen, und auch das Einkommen der Familie

wird eingeschränkt. Ich frage mich aber trotzdem: Wie wird sichergestellt, dass die richtigen betreuenden Angehörigen eine Entschädigung erhalten? Und wie entscheiden wir, was sind alltägliche Handreichungen, und was ist intensive Pflege? Ab welchem Grad der Pflege sollen Angehörige entschädigt werden? Wie oder wer soll das beurteilen und auch kontrollieren, damit es keinen Missbrauch gibt? Ich stelle mir auch die Frage: Wie soll es in Zukunft sein, sollen alle ehrenamtlichen Arbeiten entschädigt werden? Ich bin mir sehr bewusst, Pflege der Angehörigen ist eine Aufgabe, die dauert sieben Tage die Woche und 24 Stunden. Man kann schon eine Differenzierung machen, aber ich denke, ehrenamtliche Arbeit ist in allen Bereichen sehr wichtig.

Caluori: Ich schliesse mich eigentlich dem Votum von Kollege Flütsch an. Ich möchte noch ein paar Ausführungen dazu machen. Unter Entwicklungsschwerpunkt 6.2 lese ich, dass attraktive Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige geschaffen werden sollen, und dann unter Massnahmen auch Entschädigung pflegender Angehöriger vor Eintritt in das AHV-Alter. Das sind sehr positive Ansätze der Regierung. Die Bedingungen für pflegende Angehörige sind heute schwierig, insbesondere, was die notwendige zeitweise Entlastung und die Entschädigung betrifft. Zudem soll von der Regierung geprüft werden, wie Personen, die ihre Erwerbstätigkeiten reduzieren, um Angehörige zu pflegen, entschädigt werden können. Hier habe ich eine Frage: Hat die Regierung schon konkrete Ideen für Massnahmen, wie sie pflegende Angehörige in Zukunft zu entschädigen gedenkt? Denn das wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, auch um die Gesundheitskosten zu senken, denn jeder Tag länger zu Hause als in einem Heim würde viel Geld ersparen.

Jochum: Aiutati e aiuta il tuo prossimo. Un punto di massima importanza per il nostro Cantone con le sue strutture sanitarie piccole, dislocate nelle varie vallate, distanti dai centri principali e con una popolazione che tendenzialmente invecchia sempre di più. Di per sé riguardo all'obiettivo 6 del Governo non ci sarebbe tanto da commentare se non sostenere quanto descritto e per questo un complimento al Governo. Un punto specifico a pagina 458 però non trova la mia approvazione.

Und das ist Punkt vier in den Massnahmen, «Entschädigung pflegender Angehöriger vor Eintritt in das AHV-Alter» und die Massnahme «Zusätzlich soll geprüft werden, wie Personen, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, um Angehörige zu pflegen, entschädigt werden können.» Ich habe es selbst erlebt, was es heisst, Angehörige zu pflegen. Und ich kann Ihnen versichern, das ist keine leichte Aufgabe. Die Pflege eines Familienangehörigen hat keinen bestimmten Tagesablauf, kennt keine Wochenenden und keine Freizeit. Deshalb unterstütze ich auch die zeitweise Entlastung pflegender Angehöriger durch unterstützende Angebote vorbehaltlos. Entlastungsdienst und Unterstützung durch Spitex, Spital oder andere Organisationen leisten einen sehr wertvollen Beitrag zu Gunsten der pflegenden Angehörigen. Es gilt, diesen Dienst aufrecht zu erhalten und, wo notwendig, auch auszubauen. Eine Entschädigung, einen Lohn aus-

zuzahlen, ist etwas ganz Anderes. Ich erachte dies als fragwürdig. Die Einführung einer Entschädigung für Personen, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, um Angehörige zu pflegen, macht die Solidarität innerhalb der pflegenden Angehörigen kaputt. Die Eigenversorgung und Eigenverantwortung werden geschwächt. Die Freiwilligkeit wird in Frage gestellt. Darüber hinaus wäre die Entschädigung für Erwerbstätige, die ihr Pensum reduzieren, ungerecht gegenüber pflegenden Angehörigen, welche nicht oder nur Teilzeit angestellt sind. Es stellen sich verschiedene Fragen, und unter anderem: Wenn es eine Entschädigung gibt, wieso soll ich dann einen Angehörigen ohne Entschädigung pflegen? Wie wird die Finanzierung sichergestellt? Und weitere Fragen noch. Ich wünsche mir, dass die Massnahme Entschädigung pflegender Angehöriger vor Eintritt in das AHV-Alter gründlich überprüft wird.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Regierungsrat Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Zuerst möchte ich mich einmal bedanken für die wohlwollende Aufnahme dieser zwei Entwicklungsschwerpunkte 6.1 und 6.2, und auch für die lobenden Worte gegenüber der Regierung, dem Departement, und ich gebe das gerne auch weiter an das Gesundheitsamt, das wesentlich beteiligt war bei der Ausarbeitung dieser Massnahmen. Ich möchte auch Grossrätin Zanetti danken, für ihre quasi einleitenden Worte zu diesem Kapitel. Es stimmt, wenn es uns nicht gelingt, eine dezentrale Gesundheitsversorgung in diesem Kanton aufrechtzuerhalten, dann wird es uns auch nicht gelingen, eine dezentrale Besiedlung dieses Kantons aufrechtzuerhalten. Es bedingt sich gegenseitig, und deshalb werden wir auch voraussichtlich in der August-session mit der Botschaft zu den Gesundheitsversorgungsregionen hier in den Rat kommen.

Wir könnten natürlich jetzt noch einige Ausführungen machen zur Frage des Fachkräftemangels usw. Ich denke aber, dass wir im Verlauf dieser Session bei den entsprechenden Anfragen, die wir noch zu beantworten haben, Gelegenheit haben, ein paar Worte dazu zu verlieren.

Zur Frage von Grossrat Flütsch betreffend die Vernehmlassung, die der Kanton einmal gegenüber dem Bund gemacht hat und im Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen, kann ich Ihnen offen sagen: Ich habe keine Ahnung. Das muss vor meiner Zeit gewesen sein, als man diese Vernehmlassung so beantwortet hat. Tatsache ist, dass wir im Bereich der pflegenden Angehörigen etwas machen wollen. Vielleicht hat sich hier der Wind ein wenig gedreht. Sie haben ja gehört, es wurde zitiert, die Anfrage vom damaligen Grossrat Caduff, jetzt Regierungsrat, dem jetzt zuständigen Regierungsrat, der das jetzt hier in das Programm aufgenommen hat. Also Sie dürfen davon ausgehen, dass vielleicht hier auch ein Umdenken stattgefunden hat. Was wir dazumal aber geschrieben haben, das weiss ich, ehrlich gesagt, wirklich nicht, aber ich werde dem noch nachgehen. Aber Fakt ist, wir müssen dieses Thema ernsthaft anschauen, und ich möchte Ihnen hier ergänzend zu den Ausführungen, die Grossrätin Holzinger-Loretz und andere ge-

macht haben, noch ein paar Zahlen sagen. Das Problem in dem Sinn ist eigentlich erkannt. Es ist tatsächlich eine Herausforderung, die Pflege von Angehörigen, das eigene Erwerbsleben, die Kinderbetreuung, Hobbies, Zeit für sich, Ferien usw., alles unter einen Hut zu bringen. Und wer das macht, und wer das schafft, der braucht tatsächlich ab und zu Entlastung und Unterstützung, damit er oder sie nicht selbst krank oder eben zum Pflegefall wird. Und es gibt hier ein paar eindrückliche Zahlen, Grossrätin Holzinger hat ein paar zitiert. Es gibt eine schweizerische Studie, wir haben das hier auch geschrieben, die davon ausgeht, dass im Schnitt rund die Hälfte aller Männer und Frauen in der Schweiz früher oder später Angehörige pflegt. Im Durchschnitt sind das 60 Stunden pro Woche. Das ist eine Vollzeitstelle, mehr als das. Und wenn wir diese Zahlen versuchen von der Schweiz auf Graubünden zu berechnen, wir haben für den Kanton keine konkreten Zahlen, wir müssen das ein bisschen ableiten, aber dann gehen wir tatsächlich davon aus, dass es in Graubünden rund 4000 bis 6000 Personen sind, die Angehörige pflegen. Und wenn wir diese 4000 bis 6000 Personen jetzt in Relation setzen zu den 2400 Pflegebetten, die wir in Alters- und Pflegeheimen haben, dann sehen Sie, wie wichtig diese Leute sind. Sie erbringen nämlich mit dieser Leistung, die sie freiwillig machen, rund 58 bis 85 Millionen Franken Pflegedienstleistungen. Und das sind wiederum rund 30 bis 50 Prozent aller Kosten der Alters- und Pflegeheime im Kanton Graubünden. Und das ist die entscheidende Zahl. Wenn wir diese pflegenden Angehörige nicht mehr haben, dann steigen explosionsartig unsere Kosten in den Alters- und Pflegeheimen. Und dort haben wir dann nicht die Möglichkeit zu sagen: Ja, wer bezahlt das? Das ist dann einfach zu bezahlen, weil es eine öffentliche Aufgabe ist. Und deshalb tragen wir uns tatsächlich mit dem Gedanken, uns auch zu überlegen, wie wir pflegende Angehörige allenfalls finanziell entlasten können oder müssen. Und Sie werden jetzt zu Recht fragen: Ja, wie soll das gehen, wie viel ist das? All die Fragen, die Sie da aufgeworfen haben. Ich kann Ihnen einfach sagen, das wissen wir heute noch nicht. Wir haben das in das Regierungsprogramm 2021 bis 2024 aufgenommen. Wir werden uns die nächsten Jahre mit dieser Problematik auseinandersetzen und die entsprechenden Programme versuchen zu entwickeln, und Ihnen, wenn wir zum Schluss kommen, dass das sinnvoll und finanzierbar ist, Ihnen entsprechend hier dann eine Vorlage unterbreiten. Aber heute kann ich Ihnen nicht alle diese Fragen beantworten. Wir wissen einfach, wir haben hier Handlungsbedarf, weil uns sonst die Kosten in den Alters- und Pflegeheimen explodieren werden. Und wir würden das gar nicht mehr aufholen können, weil wir, wenn wir all die Plätze dort schaffen müssten, schon heute mit der Planung längstens hätten beginnen müssen, mit dem Bau von zusätzlichen Alters- und Pflegeheimen. Also, wir werden zu gegebener Zeit wiederkommen und Ihnen versuchen, dann die Fragen, die auch Grossrat Jochum gestellt hat unter anderem, die dann zu beantworten. Ich glaube, das war es so im Grossen und Ganzen. Ich glaube, ich habe alle Fragen, soweit das heute möglich ist, beantwortet, sonst stehen wir Ihnen weiter zur Verfügung.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu ES 6.2? Ja, Grossrat Niggli, Sie haben das Wort.

Niggli-Mathis (Grüsch): Ich möchte meine Interessenbindung darlegen. Ich bin Vorstandsmitglied des Vereins Curavita, der sich die Betreuung pflegender Angehöriger zum Ziel gesetzt hat. Die Entwicklung dieses Vereins, der vor etwa anderthalb, knapp zwei Jahren, ins Leben gerufen wurde, ist eigentlich die Beratung und Betreuung pflegender Angehöriger. Der Stand zurzeit ist so, dass man mit dem Kanton und mit dem Gesundheitsamt um einen Leistungsauftrag bemüht ist, um hier als Pforte für pflegende Angehörige tätig zu sein, und um hier irgendwie den Eingang und den Zugang zu Leistungen, die heute zum Teil noch nicht vorhanden sind, die aber hier umrissen werden im Regierungsprogramm, darzulegen und diesen Menschen, die betreuen, die pflegen, und Regierungsrat Peyer hat aufgezeigt, in welcher Intensität und Stundenzahl dies pro Woche erfolgt, dass man diesen Menschen auch irgendwie den Leitfaden geben kann, wann und wo sie Hilfe bekommen oder Hilfe bekommen könnten. Ich bitte die Regierung, solche Überlegungen, solche Eingangspforten zu öffnen und zu pflegen, mit in ihre Überlegungen miteinzubeziehen, damit hier wirklich auch die Bevölkerung sensibilisiert werden kann, dass es diese Angebote gibt, und dass es diesen Zugang gibt für Informationen und mögliche Dienstleistungen im Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wir schreiten zu ES 6.3. Herr Kommissionspräsident.

ES 6.3 Erfolgreiche Leistungserbringer im Gesundheitstourismus

Claus; Kommissionspräsident: Hier geht es um erfolgreiche Leistungserbringer im Gesundheitstourismus. Die Leistungsträger sind für die Entwicklung von erfolgsversprechenden Angeboten im Gesundheitstourismus befähigt.

Standespräsident Della Vedova: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Maissen, Sie haben das Wort.

Maissen: Ich habe eine konkrete Frage zu den Gremien im Bereich Gesundheitstourismus. Im Schwerpunkt 6.3 wird eine Koordinationsstelle genannt. Es wird erwähnt, dass man einen think tank neu einsetzen möchte, und auf der Homepage Ihres Departementes findet man noch eine Steuerungsgruppe Gesundheitstourismus, die 2017 eingesetzt wurde. Meine Frage: Was sind die Ziele und Wirkungen, die sich die Regierung von diesen drei Gremien erhofft? Ist die Notwendigkeit da, drei parallele Gremien zu führen, oder wie arbeiten diese zusammen, und was ist mit dem Thema Doppelspurigkeiten?

Standespräsident Della Vedova: Weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Nicht der Fall. Herr Regierungsrat, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Besten Dank für diese Frage, die ich gerne beantworte. Die Steuerungsgruppe wird Ende dieses Jahres aufgelöst, weil die ja im bisherigen Regierungsprogramm vorgesehen wurde, das Ende dieses Jahres ausläuft. Das ist in der Steuerungsgruppe auch so kommuniziert worden. Die Idee vom Thinktank ist, dass wir Experten an der Hand haben, auch ausländische, weil wir dort einfach die grössere Erfahrung haben, insbesondere in Österreich z. B., mit Projekten in Verknüpfung Gesundheit und Tourismus. Und wir möchten, dass dieses Expertenwissen, dass dieses Fachwissen auch hier abgerufen werden kann. Die konkrete Planung aber, wie das aussehen soll und wie diese Kontakte verlaufen und wie dann auch die Kontaktstelle diese, sage ich einmal, Weichenfunktion zwischen Fachwissen und Anfragen hat, das nehmen wir jetzt erst mit der Planung 2021 bis 2024 in Angriff. Wir werden in diesem Herbst mit den Ergebnissen, die wir jetzt im letzten Regierungsprogramm erreicht haben und wie die ganze Frage Gesundheitstourismus aufgegleist ist, auf eine sogenannte Roadshow gehen, also in die Regionen gehen, vorstellen, was wir bis jetzt erarbeitet haben, was abgerufen werden kann und was für die nächste Periode dann zur Umsetzung geplant ist. Wir möchten dann quasi im Regierungsprogramm 2021 bis 2024 die ersten drei Jahre nutzen, um Erfahrungen zu sammeln, um zu schauen, ob Projekte entstehen, das Fachwissen, das da ist, nachgefragt wird, und im vierten Jahr dann eine entsprechende Auswertung machen, um sagen zu können, nach 2024, ob das weitergeführt wird oder ob die Idee, mit Gesundheitstourismus eine Nische zu finden im Kanton, allenfalls auch nicht zum Ziel geführt hat, das wir uns vorgestellt haben. Wichtig ist einfach, heute schon zu sagen, es sind nicht der Kanton oder eine kantonale Stelle oder ein Amt, die Gesundheitstourismus betreiben können. Die Projekte müssen aus den Regionen kommen. Wir können allenfalls unterstützend tätig sein, Fachwissen vermitteln, entsprechende Kontakte knüpfen. Aber wenn sich zeigen sollte, dass keine Projekte entstehen in den Regionen, dann muss man nach vier Jahren dann allenfalls auch sagen, dass sich das nicht bewährt hat und nicht weitergeführt werden soll.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Entwicklungsschwerpunkt? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir schreiten weiter und kommen zum Regierungsziel Nummer 7 auf Seite 460, Regierungsziel mit dem Titel: Eine bedürfnisgerechte Mobilität für den ganzen Kanton gewährleisten. Auch hier eröffne ich die Diskussion nur für Voten allgemeiner Natur. Herr Kommissionspräsident wünscht nicht das Wort.

Regierungsziel 7

Eine bedürfnisgerechte Mobilität für den ganzen Kanton gewährleisten.

Standespräsident Della Vedova: Das Wort ist offen für weitere Mitglieder der Kommission. Nicht der Fall. Allgemeine Diskussion? Grossrat Gasser, Sie haben das Wort.

Gasser: Ich habe eine Bemerkung, eine Frage. Sie schreiben da beim Regierungsziel sieben eine bedürfnisgerechte Mobilität für den Kanton gewährleisten, als Oberziel. Da frage ich mich, was ist das Bedürfnis der Menschen? Man müsste sich das ja mal hinterfragen. Also wiederum: Lesen Sie das Buch. Dann hätte ich noch eine Bemerkung, ich weiss nicht, ob das zugelassen ist. Die Erreichbarkeit der Regionen im Kantonsgebiet, schreiben Sie da, sowie die nationale, internationale Anbindung für die Entwicklung Graubündens von zentraler Bedeutung. Und da meine ich, im Sinne einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Verkehrsentwicklung, könnte man da, oder müsste man da eigentlich vom öffentlichen Verkehr sprechen. Die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr, denn wir wissen, der Kanton Graubünden sieht nicht so gut aus, wenn man die Statistik anschaut in Bezug auf den CO₂-Ausstoss für neu zugelassene Fahrzeuge. In Graubünden stossen diese zurzeit fast 30 Prozent mehr aus, als dem Ziel des Bundes für Ende 2020 entsprechen würde. Das sind nämlich 95 Gramm CO₂ pro Kilometer. Da sind wir weit, weit weg. Jetzt wollen wir die Strassen noch ausbauen? Sollen wir das nicht hinterfragen? Wir wissen aus der Erfahrung, ich sehe es mittlerweile jeden Morgen, fast jeden Morgen, wie der Verkehr zunimmt. Wie jetzt schon Stau steht am Kreisel auf die Autobahn Nord, jetzt ist es bereits, hat Stau an dem unteren Kreisel nach dem Quartier Haldenstein. Das ist keine Entwicklung, die vernünftig ist und eines langfristigen Denkens letztlich nicht unbedingt zuträglich ist.

Im Bericht, im vierten Bericht zum Strassenbau und dem Strassenbauprogramm 2021 und 2024 sollen bis 2060, also im Zeitraum letztlich von 40 Jahren, jährlich 52, jährlich 52 Millionen Franken in den Ausbau gesteckt werden der Kantonsstrassen. Ich frage mich einfach, ob das, die Projekte sind im Anhang drin, ob man das nicht hinterfragen dürfte. Nicht kritisieren möchte ich und nicht in Frage stellen möchte ich selbstverständlich die Instandsetzung. Die Strassen, die gebaut sind, die Tunnels, die wir bauen. Jedes neue, jede neue Strasse, jeder neue Tunnel kostet wieder. Die Betriebskosten werden nicht kleiner, sondern sie werden höher. Deshalb meine ich, man müsste das mal hinterfragen. Dann wird für Grossprojekte auch in diesem Bericht, werden Szenarien gezeigt, es sind nämlich drei Szenarien und es wird hier, ich kann zitieren «der Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln», natürlich aus allgemeinen Staatsmitteln, dann fehlt irgendwo anders, der ist ganz wichtig. Die drei Szenarien gehen über den Zeitraum von 40 Jahren, wo stehen wir im 2060? Ich komme dann darauf zurück. Lesen Sie die Medien, wo wir heute stehen, wie rasch das geht, sehr, sehr rasch. Was ist im 2060 und es stellt

sich da in diesen Szenarien, die Modellrechnung, das jährlich 21 Millionen Franken gesprochen werden oder 10 Millionen Franken oder Null Franken. Ich meine einfach, die allgemeine Tendenz wird sein, ja so viel wie möglich, dann haben wir für Grossprojekte, hätten wir dann über eine Milliarde Franken zur Verfügung. Nein, ich sage, das werden wir uns nicht leisten können in den nächsten 20 bis 40 Jahren. Das ist mein Plädoyer. Ich würde hier für das Szenario drei plädieren und ich bitte auch den Regierungsrat und das wird entscheidend sein, eben Leadership zu zeigen. Die kurzfristige Denkweise derjenigen, die natürlich Strassen bauen wollen. Wir könnten vielleicht auch noch etwas liefern. Die ist gegeben, aber das ist nicht das, wie sich die Welt entwickeln wird.

Ich würde dann auch vorschlagen, wenn ich noch das Wort haben darf, dass Sie bei neuen Formen der Mobilität hier auch berücksichtigen oder daran denken, an die Elektrifizierung oder an den Wasserstoff, das ist ja auch ein Mittel, das kommt. Explizit wurde das hier nicht erwähnt und dann die Absicht, es ist schön, die Regierung möchte die Weiterentwicklung des Verkehrssystems im weitläufigen Kanton Graubünden vorausschauend angehen und das wäre eben im Sinne der nachhaltigen Entwicklung. Aber der konsequenten, nicht der Pflasterli-Politik sondern der konsequenten, nachhaltigen Politik. Dann, wie gesagt meine Frage, was heisst bedürfnisgerecht? Ich bin überzeugt, letztlich wollen alle leben. Wir haben eine Situation, dass wir gerade im Verkehrsbereich massiv hinten dran sind, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren und das geht nicht durch mehr Strassen, das geht nicht durch mehr Projekte, da kann Wasserstoff oder Elektrizität etwas helfen, aber es wird das Problem sicher nicht lösen. Ich kann nur nochmals wiederholen, es soll eben und da meint er unten, es soll eben die Einpreisung der externen Effekte so gemacht werden. Wir sollen nicht suggerieren, der private Verkehr sei einfach teurer, als der öffentliche. Wir sollen ehrlich sein und eben die externen Effekte im Verkehrssystem einpreisen. Das fände ich als Anregung noch ganz gut und es sollen die Abschaffung, es soll die Abschaffung der Subventionen in den fossilen Verkehr soll gefordert werden. Das wäre für mich konsequentes, nachhaltiges Denken. Ja, lesen Sie das Buch.

Epp: Die Erreichbarkeit in unserem Kanton, sei es in den Regionen oder in den Städten, ist von zentraler Bedeutung. Massnahmen zur Verbesserung dieser Erreichbarkeit und der entsprechende Ausbau des Angebots auf den wichtigsten Linien des öffentlichen Verkehrs ist von grosser Wichtigkeit. Es sind Massnahmen, die kurz und mittelfristig erreicht werden können. Mir fehlen im entsprechenden Regierungsziel aber ein wenig die Mittel und langfristigen Massnahmen. So z.B. neue Projekte oder Erschliessungen mit neuen Verkehrsverbindungen. Gerne möchte ich hier auf den Auftrag Crameris aufmerksam machen, welcher im Rahmen der Botschaft zur geplanten Totalrevision des Gesetzes für öffentlichen Verkehr berücksichtigt werden soll. Darin wird unter anderem eine Gesamtüberprüfung der langfristigen Planung von neuen Verkehrsverbindungen gefordert. Auch visionäre Projekte kommen darin vor, welche den Kan-

ton Graubünden besser erschliessen sollen. Gerne nehme ich als Beispiel für neue Eisenbahnanschlüsse oder auch als Beispiel für ein echtes Leuchtturmprojekt im Kanton Graubünden, die Porta Alpina, für welche in der Dezembersonnensession ebenfalls und im Speziellen ein Auftrag für die Wiederaufnahme der Verhandlungen eingereicht wurde. Kurzfristige und mittelfristige Ziele sind wichtig. Aber es sind ebenso auch langfristige Massnahmen und Projekte, welche für die Steigerung der Attraktivität des gesamten Kantons von grosser Bedeutung sind. In diesem Sinne bin ich froh und danke der Regierung, wenn sie in den nächsten vier Jahren auch längerfristige Verkehrsprojekte in ihrem Programm berücksichtigen würde.

Loi: Ganz kurz. Im Regierungsziel sieben steht bedürfnisgerechte Mobilität, Erreichbarkeit der Regionen und weiter unten verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren und zukunftsweisend auszurichten. In vielen Tälern wie im Avers z. B. bleibt das Postauto und das Auto, der Individualverkehr, das wichtigste Verkehrsmittel und ich möchte hier die Gelegenheit nutzen und der Regierung, speziell dem Tiefbauamt danken für ihr Engagement, dass sie die Strassen gut und engagiert unterhält und sich auch einsetzt für eine zweckmässige Verbindung mit gutem Taktfahrplan im Bereich Postauto. Ich bitte Sie ebenfalls, dies weiterhin auch in den peripheren Gegenden im Auge zu behalten trotz der steigenden Aufgaben und Anbindungen mit verschiedenen neuen Taktfahrplänen an die Zentren. Also herzlichen Dank für Ihr Engagement und bleiben Sie auch in der Peripherie am Ball.

Felix: Im Regierungsziel sieben erläutert die Regierung, wie sie die Mobilität attraktiv und koordiniert erreichen, beziehungsweise das Angebot auf den wichtigsten ÖV-Linien im Kanton ausbauen will. Zu Recht weist sie darauf hin, dass die Herausforderung vor allem in der Finanzierung der bestehenden, beziehungsweise neuer Infrastrukturen zu liegen kommt. Zu Recht weist sie ebenfalls darauf hin, dass die Gefahr dazu besteht, dass die Erreichbarkeit innerhalb des Kantons und die Anbindung zur Agglomeration Zürich nicht weiterentwickelt werden kann und sich im Standortvergleich weiter verschlechtern wird. Gerade deswegen finde ich die Entwicklungsschwerpunkte zu diesem Regierungsziel relativ wenig weitreichend. Ich habe Verständnis, wenn sich die Regierung erreichbare Ziele gibt, was die zwei Entwicklungsschwerpunkte auch eindeutig sind. Es besteht aber die Gefahr, dass wir in vier Jahren nicht weiter sind als heute und die Gefahren, auf welche die Regierung darauf hingewiesen hat, sich zu bewahrheiten drohen. Mir fehlt es an den Entwicklungsschwerpunkten, wie Grossrat Epp bereits gesagt hat, an Weitsicht. Mit Weitsicht verstehe ich den Willen, den Kanton für die Zukunft zu rüsten und mit entsprechenden Massnahmen beziehungsweise Projekten diesen Gefahren entgegenzustemmen. Mit Weitsicht verstehe ich den Willen, unkonventionelle Ideen, Visionen für unseren Kanton voranzutreiben und die Vorarbeiten zu leisten, welche in Zukunft Projekte ermöglichen, welche unsere Talschaften näher aneinander bringen und so die Standortattraktivität steigern sollen. Mir ist es bewusst, dass nicht alle 150 Täler

des Kantons miteinander verbunden werden können. Mir ist auch bewusst, dass die nächsten vier Jahre der Regierung zu kurz sind, um wirklich visionäre Projekte umzusetzen. Aber mir geht es in erster Linie nicht darum, diese Projekte umzusetzen, sondern vor allem darum, aktiv daran zu arbeiten und solche Jahrhundertprojekte voranzutreiben. Das letzte Jahrhundertbauwerk im Bereich des öffentlichen Verkehrs war zweifelsohne die Errichtung der Rhätischen Bahn vor gut 100 Jahren. Dieses Bauwerk hat Talschaften verbunden. Die Visionäre haben es dazumal erreicht, dass der Kanton beziehungsweise die Talschaften aneinander näher gerückt sind. Dies heisst aber nicht, dass wir heute auf den Lorbeeren von diesen heldenhaften Visionären vom letzten Jahrhundert ausruhen sollten, sondern wir müssen heute mit der Zeit gehen, und ich meine auch, dass wir die nötige Zeit für die Erreichbarkeit der einzelnen Talschaften des Kantons verkürzen sollten. Wenn wir wollen, dass unser Kanton in allen Bereichen, nicht nur touristisch, sondern auch sonst wirtschaftlich attraktiv werden sollte, dann müssen wir in Zukunft möglichst die langen Wege im Kanton verkürzen. Damit kann man auch der Entvölkerung der entlegenen Talschaften entgegenreten. Wenn ich heute mit dem öffentlichen Verkehr vom Campocologno im Puschlav nach Chur fahren will, dann benötige ich dafür satte vier Stunden und 20 Minuten. Wie wäre es einmal, wenn das Bergell nur noch eine halbe Stunde Zugfahrt von Chur entfernt wäre. Mit neuen visionären Nord-Süd-Verbindungen, so wie es z.B. im Projekt Alp-Train vorgesehen war, wäre so etwas möglich. So manches wird angesichts der immensen Kosten für solche Projekte in die Schublade gesteckt und nicht mehr zur Hand genommen. Was wäre passiert, wenn vor 100 Jahren das Projekt Rhätische Bahn, welches dazumal auch Unsummen Geld verschlungen hat, in die Schublade gesteckt worden wäre?

Nun, wirtschaftlich wichtiger wäre die touristischen Hotspots in Graubünden mittelfristig näher an die Zentren zu rücken. Zürich ist heute vom Oberengadin aus in dreieinhalb Stunden zu erreichen. Von Samnaun aus benötigt man dort hin satte fünfeinhalb Stunden. Das Projekt Alp-Train sah eine solche Anbindung des Oberengadins vor. Solche Projekte wie das Alp-Train oder auch das Projekt Alpino, welches nebst der attraktiven Nord-Süd Linienführung z.T. auch durch Graubünden ein neuartiges Transportkonzept vorsehen würde. Das würde Quantensprünge bedeuten beim öffentlichen Verkehr. Mit Quantensprüngen im Bahnbau würden die Talschaften einander näher gerückt und ganz Graubünden ebenfalls näher an die internationalen Metropolen. Ein bisschen realistischer ist bereits die in der letzten Zeit heiss diskutierte Eisenbahnverbindung Scuol nach Mals oder eben auch Scuol nach Landeck, welche nicht nur dank grossem Interesse von den Nachbarländern heute nun wirklich nicht mehr nur reine Vision ist. Mit der Anbindung an das Vinschgau könnte das Unterengadin an den boomenden Tourismus des Vinschgaus anknüpfen und auch wenn nicht auf kurze Sicht selber die Gäste beherbergen, mindestens aber diese aus dem benachbarten Tal zu Tagesausflügen anlocken. Attraktionen hätten wir im Engadin zur Genüge und mit dem Nationalpark eine einmalige Attraktion, welche das

Vinschgau nicht bieten kann. Mit der zusätzlichen Verbindung nach Bormio, welche von der autonomen Provinz Bozen Südtirol und der Lombardei ebenfalls heiss diskutiert wird, wäre dann das Unterengadin plötzlich auch mit dem ÖV bestens an die internationalen Metropolen Milano beziehungsweise München angebunden. Der Ausbau der bestehenden Infrastruktur stösst an seine Grenzen. Der Unterhalt der bestehenden Infrastrukturen benötigt massenhaft finanzielle Mittel, ohne damit die Attraktivität des Kantons wesentlich zu steigern. Neuartige visionäre Verbindungen der Talschaften angehen, studieren und vorantreiben, das wären die Visionen, welche ich propagiere. Das wären Ziele, welche die Regierung mit Blick auf die Zukunft sich setzen sollte. Ob solche Visionen jemals realisierbar sind, das kann ich heute nicht beurteilen, und ich bezweifle, dass ich diese jemals erleben werde. Aber so, wie unsere Vorfahren vor 100 Jahren die Vision RhB auf die Beine gestellt haben, so sollten heute auch wir neue Visionen von zeitgemässen Tälerverbindungen vorantreiben und versuchen, so den Kanton attraktiv als Wohn-, Arbeits- und Freizeitkanton zu gestalten.

Schutz: Mein Votum zielt eigentlich in die gleiche Richtung, wie es Duosch Fadri schon gesagt hat. Deshalb kann ich es relativ kurz machen. Die Regierung fördert attraktive und koordinierte Mobilität. Im Punkt 7.1 und den Angebotsausbau im öffentlichen Verkehr, unter Punkt 7.2. Das ist okay so. Mir fehlt aber hier auch etwas der Weitblick für die Zukunft. Kürzlich konnten wir erfahren, wie durch den Ceneri-Tunnel im Tessin, die grossen Wirtschaftsregionen Lugano, Bellinzona und Locarno zukünftig in zirca 15 Minuten gegenseitig erreichbar sind. Im Mittelland sind solche schnellen Verbindungen seit Langem Alltag. So sehe ich es dringend als notwendig an, dass sich die Regierung auch darüber Gedanken macht, wie in Graubünden die wichtigen Wirtschaftsregionen besser und schneller miteinander im öffentlichen Verkehr erschlossen werden können.

Wir haben heute für eine Fahrt mit der Rhätischen Bahn von St. Moritz nach Chur zwei Stunden Reisezeit. In zwei Stunden reist man heute fast von Zürich nach Lausanne. Sie sehen, wir brauchen da einfach zu lange, um uns gegenseitig zu erreichen. Vor allem die Verbindung unter den Wirtschaftsregionen, den starken Wirtschaftsregionen im Kanton Graubünden, Oberengadin, Davos, Chur, so ist das viel zu lange. Für mich wäre es zu begrüssen, nein es wäre nicht nur zu begrüssen, es wäre dringend, dass sich die Regierung in dieser Legislatur mit den ersten Arbeiten, z. B. für die Gesamtverkehrskonzeption befasst und etwas aufleistet für die Zukunft. So, wie es die KSS im Bericht über die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze gefordert hat. Ich bin der Regierung dankbar, wenn sie sich den Weitblick in dieser Legislatur aneignet und etwas dafür tut.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Regierungsrat Cavigelli, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Ich danke für die angeregte Diskussion. Es zeigt mir einmal mehr, dass der öffentli-

che Verkehr auch für den Rat wichtig ist, für die Gesellschaft, für die Wirtschaft wichtig ist, und dass es zu einer Randregion als Problem gehört, dass wir schwierige Erreichbarkeitsthemen bearbeiten, bewältigen müssen. Wenn wir den Fokus auf der zeitlichen Achse ein bisschen stärker gewichten, als vielleicht nur die finanziellen Themen, dann wird da auch erkennbar, weshalb man in einem Vierjahresprogramm nicht die ganz grossen Schritte macht. In einer Periode von vier Jahren baut man nicht einmal einen Tunnel bergmännisch. Man plant nicht einmal einen Tunnel in vier Jahren für eine grössere Verbindung. Insofern ist eigentlich auch aufgezeigt, dass die Planungsarbeit und die Realisierungszeit brauchen sehr lange Zeithorizonte, brauchen, ich sage mal, auch ganz weite Blicke in über, über, übernächste Geländekammern. Genau gleich ist es im Übrigen natürlich mit dem Rollmaterial, das wir da einsetzen. Anschaffungen von neuen Zügen, z. B. RhB: Eine Einheit, zehn Millionen Franken. Sechs Einheiten, 60 Millionen Franken. Zehn, dann haben wir dann schon schöne Zahlen, 100 Millionen Franken. Sie wissen, wir tätigen zurzeit die grösste Rollmaterialanschaffung der RhB aller Zeiten, natürlich für das bestehende Schienennetz. Aber es ist zeitgleich auch eine der allergrössten Investitionen, die wir überhaupt im Staatsbudget haben. Somit stellen sich immer wieder die Fragen, wie dann auch dieses Rollmaterial beschafft werden kann, nicht nur finanziell, sondern auch produktionsseitig. Auch das ist Planung. Auch das ist Produktion. Auch das ist in beiden einzelnen Fällen jeweils weit mehr als ein Zeithorizont von nur vier Jahren wie in diesem Programm. Und deshalb ist es auch ganz wichtig, dass man die Verkehrspolitik immer weit darüber hinaus auf dem Radar, auf dem Bildschirm hat, und eine Vorstellung hat, wo die Hauptthemen liegen können.

Wenn man den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr für den Kanton Graubünden nimmt als Themen, dann wird man wohl, und Sie mögen mir das verzeihen, vielleicht diejenigen, die eine noch stärkere Gewichtung des öffentlichen Verkehrs sehen würden oder sehen wollen würden, wir können in einem Gebirgskanton mit teils peripher gelegenen Gemeinden, Gebieten, nicht einfach nur auf öffentlichen Verkehr setzen. Es braucht beides. Man darf nicht einfach grundsätzlich das Eine gegen das Andere ausspielen, man muss die verschiedenen Verkehrsträger aber richtig einsetzen. Und wenn man diese Frage bejaht, dann muss man auf der anderen Seite auch offen sein, dass es eben Entwicklungen gibt bei den unterschiedlichen Verkehrsträgern, die uns die Aufgabe vielleicht auch erleichtern können. Ich nenne einfach einmal die ganzen Digitalisierungsthemen oder Ruftaxithemen, autonome Mobilität als Beispiel. Es sind alles Themen, die uns unter Umständen ermöglichen, Erreichbarkeit oder Angebote zu offerieren, die vielleicht aus der Kostennutzenbetrachtung weniger kosten und deshalb ein Ausbau des Angebots, selbst wenn es viel kostet, ermöglicht. Das sind dann vielleicht die Mikrothemen, wo wir an die Erschliessung denken, um jetzt nicht ein peripheres Gebiet zu nehmen, die Erschliessung andenken vom Bahnhof Maienfeld zum Heidiland, um dann vielleicht, Herr Gasser, das über den ÖV abzuwickeln und nicht über den

motorisierten Individualverkehr. Aber allein dieses Thema, dieses Projekt dann vielleicht nicht nur zwischen Maienfeld und Luzensteig zu fahren, anzubieten, auszuweiten, ist ein riesiges Projekt, sehr, sehr kostenintensiv. Und somit haben wir immer diese Problematik im öV, dass wir ganz grosse Themen leicht verstehen und dann auch noch schnell realisiert haben wollen.

Wenn Sie die Grundlage nehmen, die die Regierung hier verbrieft in diesem Programm, auch allfällig dann verbunden, wir können darüber heute natürlich nicht sprechen, im Strassenbauprogramm mit dem gleichen Zeithorizont, dann sind es im Wesentlichen die Themen, dass wir wissen, dass wir den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr nicht gegenseitig aufheben können. Wir brauchen beides. Wenn wir von Strassen reden, können Sie davon ausgehen, dass wir die Strasse nicht nur ausbauen für den motorisierten Individualverkehr, sondern auch für den öffentlichen Verkehr. Auch der ist angewiesen auf Strasse. Wenn Sie das Programm so lesen, dann können Sie auch die Leitlinie erkennen, dass wir fest der Überzeugung sind, dass es richtig ist, den öffentlichen Verkehr zu stärken im Vergleich zum mobilisierten Individualverkehr. Also mehr öV, mehr Schiene, mehr Postauto, mehr Stadtbuss, mehr Engadinbus, mehr Verkehrsbetriebe Davos usw. Sie können aber auch davon ausgehen, dass wir letztlich auch Bedürfnisse haben, um auch andere Themen als nur gerade Schienen- oder Linienangebote anzugehen, sondern das es auch um Taktverdichtungen geht. Es geht um Beschleunigungen, wie dies auch von Grossrat Felix angedeutet worden ist. Somit ist das Thema extrem breit, extrem vielgestaltig, und es muss letztlich als Puzzle immer wieder zusammenstimmen, wenn man das Eine oder das Andere tut. Und wir wollen das eigentlich vermehrt und intensiver angehen, dass wir die verschiedenen Möglichkeiten der Mobilität versuchen zu vernetzen, dass wir versuchen, den öV zu stärken.

Ein grosses Thema ist sicherlich auch die Frage, wie wir uns anschliessen an umliegendes Gebiet, sei dies mit einer Porta Alpina, sei dies an die Linien, die in Italien diskutiert werden zwischen der Lombardia und dem Südtirol, die Bormio-Linie Milano-München, seien das die Linien am Rätischen Dreieck, Landeck-Scuol oder Mals-Scuol. Wir haben im 2012, meine ich, einen Bericht erstellt gehabt: Die neuen Verkehrsverbindungen. Es ist ein A4-Format, gross, rosarot, wo unsere Positionen enthalten sind. Dort wird auch aufgezeigt, dass es wichtige Verbindungen ins nahe Ausland, aber auch in wichtige wirtschaftliche Zentren, z. B. nach Zürich oder nach St. Gallen gibt, die besser sein könnten, als was wir sie heute haben.

In den meisten Fällen, und das ist eine weitere Komplexität im Thema, sind wir aber abhängig auch von Partnern. Beispielsweise im Infrastrukturbereich Schiene ist es so, dass der Infrastrukturbereich Schiene allein vom Bund bezahlt wird, also allfällig ein Tunnel Scuol-Mals würde zu 100 Prozent vom Bund bezahlt. Ein Tunnel Scuol-Landeck würde zu 100 Prozent vom Bund bezahlt. Und damit ist auch aufgezeigt, dass ein wichtiger Partner letztlich in dieser Frage nicht nur dieses Parlament ist, sondern auch der Bund. Wir haben das schon seit vielen Jahren insbesondere gegenüber dem Tirol, Österreich,

und dem Südtirol, Italien, kommuniziert. Ich erinnere mich vor allem auch an den Zeitraum der letzten zwei Jahre, wo Südtirol immer wieder geltend gemacht hat, sie würden eigentlich gerne Mals, Vintschgau, respektive Scuol, Unterengadin, miteinander verbinden. Sie sehen natürlich auch, dass es auch auf der italienischen Strecke sehr viele Kosten auslösen würde, dieses zu realisieren. Sie sind sich auch bewusst, dass der hauptsächliche Vorteil einer solchen Verbindung im Südtirol liegt und weniger bei uns, und dass man sich vielleicht auch die Frage stellen muss, ob das dann vielleicht auch einen anderen Kostenschlüssel erfordert, als jetzt nur gerade die Landesgrenze. So sind auch die Bemühungen zu verstehen aus den letzten Jahren des Südtirols und auch die Kommunikationen, die ja durchaus zum Teil sehr unterschiedlich gewesen sind, was den Verteilungsschlüssel der Kosten anbelangt, wenn man hier etwas realisieren möchte. Wir haben uns, weil wir uns ja periodisch immer wieder treffen, auch gegenüber dem Südtirol so erklärt, dass wir das Rätische Dreieck gesamthaft anschauen wollen, Scuol-Landeck, Scuol-Mals, dass es dafür eine Betrachtung braucht, wo auch Tirol miteingeschlossen ist, dass es auch eine Betrachtung braucht, wo die Lombardia miteingeschlossen ist, weil die Lombardia auch Bormio als Tunnel plant und letztlich eine Gesamtkoordination notwendig ist. Da das Hauptinteresse, mindestens rhetorisch, geltend gemacht worden ist vom Südtirol, warten wir seit ungefähr zwei Jahren auf einen Termin, organisiert vom Südtirol, mit den entsprechenden Partnern. Und wir haben uns jüngst auch wieder erkundigt, ob jetzt da irgendwie irgendwann etwas organisiert würde. Wir sind jedenfalls offen, dieses Gespräch zu führen mit Tirol, mit Südtirol und auch mit der Lombardia, um dieses Dreieck, das Grossrat Felix anspricht, besser zu bedienen. Dies natürlich im Wissen, dass es andere braucht, die uns da auch unterstützen, infrastrukturell, wie gesagt der Bund. Kostenseitig für den Betrieb dann allerdings braucht es auch den Kanton, und letztlich ist es auch auf der Zeitachse ein ganz, ganz grosses Thema, wo man langfristig die Themen letztlich beurteilen und auf die Schiene legen muss.

Zu Grossrat Gasser habe ich, glaube ich, indirekt irgendwie schon Stellung genommen, oder auch vielleicht zu Herrn Loi, gewissermassen als Kontrapunkt, dass wir nicht einfach die Radikalität eines sehr engagierten, grünen Politikers uns zu eigen machen können. Es ist aber wirklich unser Anliegen, in den öV mehr zu investieren, schienengebunden, auch strassengebunden. Die Überzeugung bei der Regierung ist hier tief verankert. Und es ist auch letztlich nicht nur Sportlichkeit, sondern einfach auch ein banales Bedürfnis, dass wir das tun.

Standespräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir schalten nun die Mittagspause ein. Am Nachmittag wird der Standesvizepräsident die Ratsleitung übernehmen. Ich habe das Vergnügen, die Tessiner-Delegation zu begleiten, und ich freue mich natürlich darüber. Buon appetito.

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Alessandro Della Vedova

Der Protokollführer: Patrick Barandun